

Bezugspreis:
Bieteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezugs: Monatlich 10.— M., einjährig 120.— M.
Einschließungsgeld: Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 20.— M., für
das übrige Ausland 27.— M. Bestel-
lungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien-Slowakei, Dän-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Himmel und Herz“
erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Worplatz 15195-97
Expedition Worplatz 11753-54

Freitag, den 2. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Worplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Nonpareilzeilen
kosten 5,50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
läufig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Suchanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
60 Pfg. Worte über 13 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 75 Pfg.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Erwerbszusage.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Bauverlag, Berlin SW 68, Linden-
straße 3 abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Die Regierung greift zu!

Der „Lokal-Anzeiger“ verboten!

Der Reichsminister des Innern hat auf Grund des § 1 der Ver-
ordnung des Reichspräsidenten vom 29. August den „Berliner
Lokal-Anzeiger“ und den „Tag“ auf die Dauer von 14 Tagen
verboten, weil diese Blätter einen Artikel des „Miesbacher Anzeigers“
abgedruckt haben, in dem das gegen diese Zeitung ausgesprochene
Erscheinungsverbot verhöhnt und die Reichsregierung mit Be-
schimpfungen überhäuft wurde.

Der „Miesbacher Anzeiger“ kümmert sich nicht, wie wie bereits
mitteilten, um das über ihn verhängte Verbot. In seiner neuesten
Nummer beschimpft er die Reichsregierung in den unflätigsten Aus-
drücken. Daneben wird Berlin als eine Stadt bezeichnet, die „nicht
das Recht habe, sich deutsch zu nennen“, die bayerische Sozialdemo-
kratie „ein Haufen von Judentöchtern, geführt von bezahlten
Judassen und Betrütern“. Die bayerische Regierung rührt an-
scheinend keinen Finger, um die Reichsverordnung in ihren Grenzen
zur Durchführung zu bringen. Die Konsequenzen, die sich hieraus
ergeben, sind bereits dargelegt worden.

Es entsteht aber nach eine weitere Frage aus der Situation. Die
Verordnung des Reichspräsidenten sieht für ihre Übertretung
schwere Strafen vor, Geldstrafen bis zu 500 000 M. und Ge-
fängnis. Die Staatsanwaltschaft ist verpflichtet, gegen ihr be-
kannt werdende Vergehen ohne Aufforderung der Regie-
rung einzuschreiten. Ein Staatsanwalt, der ein Einschreiten unter-
läßt, macht sich selber schwer strafbar. Es wird sich nun zeigen, ob
die bayerischen Justizbehörden hier ohne Ansehen der Per-
son und Partei die Schritte tun werden, zu denen sie gesetzlich
verpflichtet sind. Wir wollen ihr Verhalten ab, weil aber jetzt schon
auf die Folgen hin, die sich aus einer etwaigen Passivität für
die Beurteilung der deutschen Justiz ergeben würden.

Die Zeitung für Vorder- und Hintertreppe.

Oberpräsident Hörsing hat Urzüge zum Zweck des Treubekenn-
nisses zur Verfassung und der Republik erlaubt. Diese Mitteilung
veröffentlicht der „Tag“ vom 31. August unter dem Titel: „Erlau-
bte Provokationen“, der „Lokal-Anzeiger“ dagegen unter
dem Titel: „Erlaubte Demonstrationen“. Wer von der
inneren Verknüpfung der beiden Blätter eine Ahnung hat, wird diese
Schilderung der gleichen Notiz unter verschiedenen Titeln als ein
Sinnbild jener kapitalistischen Pressegewalt ansehen, die auf der
einen Seite ihrem Haß gegen die Republik Luft machen, auf der
anderen Seite aber die kleinen Leute, die noch immer aus Ge-
dankenlosigkeit den „Lokal-Anzeiger“ lesen, nicht vor den Kopf stoßen
möchte. Daher beim „Lokal-Anzeiger“ Demonstrationen, was beim
„Tag“ Provokationen sind.

Geaner der Demonstration.

Dem Betriebsrat der Nordstern-Feuerversiche-
rungs-Aktiengesellschaft in Schöneberg ging
gestern folgendes Schreiben zu:

„In Verfolg der gestern und heute mit Ihnen stattgehabten Be-
sprechungen wegen vorzeitiger Befreiung vom Bureaudienste für die
Teilnahme an den heutigen Demonstrationen teilen wir Ihnen er-
gebenst mit, daß uns der Arbeitgeberverband nach-
stehendes Schreiben zugehen ließ:

„Ein etwaiges Ersuchen der Betriebsvertretungen, die Betriebe
bereits ab 2 Uhr nachmittags oder überhaupt vor der üblichen
Beendigung der Dienststunden zu schließen, entbehrt jeder
Berechtigung und ist daher abzulehnen.“

Sobald einzelne Angestellte um vorzeitiges Beurlauben nach-
suchen sollten, gilt das gleiche. Denjenigen Angestellten, die trotz
Verweigerung des vorzeitigen Betriebsurlaubes oder der Be-
urlaubung den Dienst verlassen, ist zu erklären, daß sie dies auf
eigene Gefahr tun, und die Geschäftsleitung sich alle Maß-
nahmen vorbehält.“

Wie sind hiermit nicht in der Lage, den vorgetragenen Wünschen
zu entsprechen.

Hochachtungsvoll
Nordstern-Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft
Die Direktion. Unterschrift

Sollten die Berliner Scharfmacher immer noch nicht
wissen oder es schon wieder vergessen haben, daß solchen Volks-
bewegungen mit den alten verbrauchten Methoden nun einmal
nicht mehr beizukommen ist, dann konnten sie sich am Mittwoch
im Lustgarten eine ständige Aufklärung darüber verschaffen. Wollen
sie aber den Standpunkt ihrer Herr-im-Haus-Fiktion weiter-
hin aufrechterhalten, dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie
mit den tatsächlichen Verhältnissen gelegentlich in starken
Widerspruch geraten.

Der Betriebsrat von Orenstein u. Koppel hatte mit
der Firma vereinbart, daß es den Angestellten anheimgestellt
ist, an der Demonstration teilzunehmen und zu diesem Zwecke um
4 Uhr das Bureau zu verlassen. Jedoch würde bei schwacher Be-
teiligung die halbe Stunde innerhalb der nächsten Tage nachzu-
arbeiten sein. Bei starker Beteiligung würde die halbe Stunde vom
Gehalt getüzt werden. — Hierzu wird bemerkt, daß die Beteiligung

an der Beerdigung der Kaiserin seinerzeit ohne weiteres, und zwar
für den ganzen Tag gestattet wurde.

Auch das Landesfinanzamt Groß-Berlin, Abteilung
Reichsschatzverwaltung, befandete eine sehr „zurück-
haltende“ Stellungnahme gegenüber dem Ersuchen der Angestellten
und Arbeiter der Zweigstellen I und II um früheren Dienstschluß
zwecks Teilnahme an der Demonstration. Die Betriebsräte beider
Zweigstellen setzten sich mit dem Vertreter des Chefs, dem
Herrn Regierungsinспекtor Behmann, in Verbindung.
Es wurde ihnen erklärt, da keine Order der vorgelegten Behörde
(Reichsschatzministerium) vorliege, könne die Genehmigung zu
früherem Schluß nicht erteilt werden. Auf die weitere Frage, was
geschehe, wenn jemand früher gehe, wurde für diesen Fall frist-
lose Entlassung angedroht. Die zuständigen Abteilungs-
vorstände wurden angewiesen, den Arbeitern und Angestellten diese
Entscheidung bekanntzugeben, was denn auch von den Beamten
(ehemaligen Militärbeamten) auf schnellstem Wege und mit offen-
sichtlicher Befriedigung geschah.

Man könnte über diesen Vorfälle als einen Akt des Burea-
kratismus hinweggehen, wenn man sich nicht erinnern müßte, daß
am Tage vor der Beerdigung der früheren Kaiserin — den Ange-
stellten und Arbeitern, ohne daß sie darum gefragt hätten, mitgeteilt
worden ist, daß, wer an der Beisetzungsfeier in Potsdam teilnehmen
wolle, ohne weiteres Urlaub für diesen Tag erhalte. Demnach also
eine monarchistische Kundgebung in der Republik und dazu
das Angebot eines ganztägigen Urlaubs, jetzt aber
eine republikanische Kundgebung nicht nur, sondern zugleich
eine Ehrung des auf monarchistische Umtriebe hin er-
mordeten ehemaligen Finanzministers — und dazu
lehnt eine hohe Finanzbehörde es ab, unter Androhung der Ent-
lassung der Mitarbeiter zu entsprechen, sie auch nur etwa
eine Stunde vom Dienst zu befreien. — Es scheint etwas faul im
Staate der höheren Beamten, die im Dienste der Republik
stehen!

Nationalistische Gemütsmenschen.

Ein Leutnant der Hamborner Schutzpolizei.

Aus Hamburg wird der Dena gebracht: Als die Nachricht von
der Ermordung Erzbergers in Hamburg bekannt wurde, ließ ein
Leutnant der Schutzpolizei seine Hundertschaft antreten
und hielt an seine Leute folgende Ansprache:

„Kameraden, ich habe Euch eine freudige Mitteilung
zu machen. Ein Revolutionschwein ist verreckt. Hoffentlich sol-
gen ihm bald alle anderen Revolutionschweine nach.“

Diese Äußerung des Leutnants ist jetzt in Hamburg bekannt ge-
worden und hat unter der Bergarbeiterschaft eine gewaltige
Erregung hervorgerufen, deren Folgen vorläufig noch nicht ab-
zusehen sind.

Zu den deutschnationalen Provinzialblättern, die
anlässlich der Ermordung Erzbergers in Orgien der Rohheit
schwelgten, gehört auch der „Lauenburger Anzeiger“. Er
schreibt in seiner Nummer 200 vom 28. August 1921:

Wir haben kein Mitleid mit dem Geschick eines Mannes,
der kein Mitleid hatte mit dem Geschick seines Volkes. Dieser
Wichtigster und Gernegroß, der um seiner Eitelkeit
willen mit dem Leben eines 70-Millionen-Volkes spielte, dieser
Reichsverderber, der nicht einmal, sondern hundertmal Verrat am
deutschen Volk und seiner Ehre geübt hat, der, dem der Kampf
um Leben und Tod unserer Nation eine „Sache“ war, nach der
man „trinken und lachen“ dürfe, — er ist durch raschen Tod dem
Gericht des zur Befreiung kommenden deutschen Volkes ent-
gangen. Millionen werden an seinem Grab stehen und ihm den
Fluch eines geschändeten und verelendeten Volkes nachsenden.
... Deutschland hat Ruhe vor ihm.“

Einem Gipfel erklimmt auch der deutschnationaler Parteisekretär
W. Mahron, der in Nr. 201 der „Straßburger Zeitung“ sein Ur-
teil über den Mord in dem lapidaren Satz formuliert: „Nicht der
Mörder, der Ermordete hat schuld!“ Er trifft sich im
Geiste mit dem Pastor Klatt aus Reustadt in Oberschlesien, der
nach Meldung des „B. T.“, im Lehrerzimmer des Gymnasiums ge-
sagt hat: „Erzberger tut mir nicht leid, mir tut nur
leid, der ihn erschossen hat.“ Herr Klatt ist deutschnationaler.
Als Pastor vertritt er wahrscheinlich mit besonderer Gründ-
lichkeit die deutschnationaler Programmforderung auf „Vertie-
fung des christlichen Bewußtseins“. Seine Äußerung
liegt offenbar ganz im Sinne des Nazareners.

Jeder Gipfel deutschnationaler Rohheit wird noch durch einen
anderen überhöht. In der „Bielefelder Turnzeitung“ ist zu lesen:

Dehnold, 29. August. Das folgende unerhört rohe Wortkom-
ment hat sich in der „Strotzenburg“ am „Herman“ am Freitag
zugehört. Dort fand ein Konzert statt, als die Nachricht von dem
felgen Reichsmorde an Erzberger bekannt wurde. Eine Anzahl
wildgewordener Rechtskonservativen veranlaßte daraufhin die konz-
ertierende Kapelle, einen „Tobelfuß“ und „Deutschland, Deutsch-
land über alles“ und „O Deutschland hoch in Ehren“ zu spielen.
Und es geschah unter dem losenden Beifall rasender Nationalisten.

„O Deutschland, abgrundtief in Schande, daß die Verrohung der
öffentlichen und privaten Moral bei Menschen, welche sich „national“
nennen, einen solchen bodenlosen Tiefstand erreichen kann“, so be-
merkt das Bielefelder Blatt treffend dazu.

Reaktionäre Quertreibereien.

Eine Reichsratsdebatte über die Ausnahmeverordnung.

Der Reichsrat war gestern abend zu einer Tagung zu-
sammengetreten. Der Reichsminister des Innern, Genosse
Gradnauer, eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für
Erzberger.

Namens der bayerischen Regierung gab Herr
von Preger dem Bedauern und der Ueberraschung Ausdruck, daß
die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August ohne jede
Fühlungnahme mit den hauptbeteiligten Landesregierungen erlassen
worden sei. Die Eile, die der Reichsregierung geboten erschien,
dürfte keinen Grund abgeben, die Landesregierungen auf einem Ge-
biete auszuschalten, das bisher als ihr ureigenstes gegolten habe. Die
durch die Verordnung erfolgte Ausschaltung sei eine Maßnahme, die
schwerste Bedenken der bayerischen Regierung erwecke. Die bayeri-
sche Regierung hätte besonders gegen § 6 der Verordnung Beden-
ken zu äußern gehabt, wenn ihr Gelegenheit gegeben worden
wäre, ihre Stellungnahme vorher darzulegen. Sie sei der An-
schauung, daß in derartigen Fällen nicht ein aus hohen Verwaltungs-
beamten bestehender Ausschuss, sondern ein Gericht Recht zu sprechen
habe, wie es im Preßgesetz und in den bayerischen Bestimmungen
über den Ausnahmezustand vorgesehen sei. Diesen Bedenken müsse
er hier Ausdruck geben, wenn er auch befürchte, daß keine Mög-
lichkeit bestände, daß die Reichsregierung die Verordnung ab-
ändere. Er hoffe aber, daß die Reichsregierung beim Vollzug der
Verordnung mit den Landesregierungen in Fühlung trete und nicht,
wie das bisher gesehen sei, ohne vorherige Fühlungnahme Zeitungs-
verbote von Berlin aus erlasse.

Freiherr v. Gahl stellte namens der Mehrheit der Vertreter
der preussischen Provinzialverwaltungen folgende zwei Fragen an
die Reichsregierung: 1. Ist die Reichsregierung gewillt und in der
Lage, die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 29. August
gegen das staatsgefährliche Treiben der äußersten Linken an-
zuwenden? 2. Ist die Reichsregierung im Fall der Bejahung der
ersten Frage bereit, ihre Auffassung von der Unwendbarkeit der
Verordnung gegen die äußerste Linke zur Beruhigung weiter
Volkskreise und zur Stärkung der Staatsautorität in geeigneter
Form öffentlich bekanntzugeben?

Reichsminister Dr. Gradnauer erklärte, er könne sich
nicht erinnern, daß in den zahlreichen früheren Fällen, in
denen ähnliche Verordnungen erlassen wurden, mit allen
Landesregierungen vorher Fühlung genommen worden sei.
Wenn vor Erlaß der Verordnung keine Fühlung mit allen
Landesregierungen genommen worden sei, so dürfe er jeden-
falls versichern, daß keinerlei Absicht vorzulegen habe, die
Landesregierungen zu umgehen. Die an Erzberger begangene
Freveltat habe die Reichsregierung zum beschleunigten
Ergreifen der Maßnahme veranlaßt. Nur die außerordentliche
Eilbedürftigkeit und absolute Dringlichkeit der Lage erkläre
es, daß eine vorherige Fühlungnahme unterblieben sei. In
bezug auf ihre verfassungsrechtliche Grundlage
sei die Verordnung des Reichspräsidenten unangreifbar.
Zu den von Freiherrn v. Gahl verlangten Erklärungen
müsse er betonen: Es sind im Laufe der letzten Jahre wieder-
holt Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten auf Grund
des Artikels 48 der Verfassung erlassen worden. In keinem
früheren Fall ist irgendwie davon die Rede gewesen, daß diese
Verordnungen etwa nur gegen links und nicht auch gegen
rechts gerichtet werden sollten, sondern sie sind allgemein gegen
diejenigen gerichtet, die gegen die Verordnungen handeln.
Nicht bestreiten könne er, daß der Anlaß zu dieser Verordnung
in diesem Fall im Gegensatz zu früheren Fällen, wo es der
Linksradikalismus war, die Treibereien gewisser
Elemente waren, die nach der Ueberzeugung der
Reichsregierung die schändliche Untat verurteilt haben. Die
Verordnung richte sich nicht gegen Parteien, sondern gegen
alle Elemente, die in der Weise sich verhalten, daß dadurch der
öffentliche Friede schwer gefährdet werde.

Bayerischer Gesandter v. Preger bemerkte, daß er sich
nicht gegen die rechtliche Zulässigkeit der Verordnung ge-
wendet habe, sondern gegen die politische Zweckmäßigkeit. Gerade
in diesem Fall hätte Bayern gehört werden müssen, da es der erste
Fall sei, daß Bayern von einer vom Reichspräsidenten erlassenen
Ausnahmeverordnung betroffen werde.

Graf Behr, Vertreter von Pommern, weist darauf hin,
daß § 1 der Verordnung nur die Befugnis zum Erlaß einer Ver-
ordnung, nicht aber die Verpflichtung hierzu enthalte, er würde
daher eine Erklärung begrüßen, daß von den Rechten im vollen
Maß auch gegen die Extremen von links wie von rechts Gebrauch
gemacht werde.

Minister Dr. Gradnauer erklärte demgegenüber, daß
die Frage, ob der verordnungsmäßige Tatbestand erfüllt ist,
der pflichtgemäßen Entscheidung der Verwaltungsbehörden
und des Reichsministers des Innern anheimgegeben sei. Er
werde die Verordnung in allen den Fällen
zur Anwendung bringen, in denen er glaube, daß
in einer den inneren Frieden gefährdenden Weise vorgegangen
werde. Es müsse seiner Ueberzeugung und seinem
Ermessen überlassen werden, wenn dieses der Fall wäre.

Der Vertreter Sachsens, Geheimrat Dr. Bösch, gab die Er-
klärung ab, daß die sächsische Regierung die Tendenz durchaus

begrüße und glaube, daß die Verordnung wesentlich dazu beitragen könne, auch gegenüber dem Rechtsradikalismus zu einer starken Beruhigung im Lande zu führen.

Die Verhandlungen des Reichsrates zeigen, daß die Rechtsbolschewisten die Verordnung gegen sie zu gern nach links umbiegen möchten. Auch Herr von Preger möchte gar zu gern im Auftrag seiner Regierung von der Reichsmacht einiges abdrücken.

Wir freuen uns der ruhigen, sachlichen und geraden Antwort, die der Reichsinnenminister den Herren Vorkämpfern des Rücktritts gegeben hat. Eine Kritik möchten wir aber im Interesse der Republik nicht unterdrücken. Uns scheint Gradnauer mit den Leuten zu höflich umzugehen. Reaktionsäre Beamte und frühere Monarchisten sind gewöhnt, in entschiedenem Tone angeredet zu werden. Höfliche Behandlung legen sie als Schwäche aus. Sehr muß kräftig zugegriffen und alles beim richtigen Namen genannt werden. Ueber den Ländern steht das Reich, wird dies zerrüttet, so sterben jene. Es ist das ureigenste Interesse der Länder, daß von der Reichsregierung jetzt energisch vorgegangen wird.

Die Koalitionsparteien des bayerischen Landtages haben eine umfangreiche Rundgebung beschlossen, in der sie nach diesem Hin- und Herreden wünschen, daß den so schrecklichen Binksbolschewisten der Hals umgedreht wird, während man die brennenden Rechtsbolschewisten gelinde behandeln möge. Zum Schluß wird gehofft, daß die Reichsregierung im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung einen Weg finden wird, der geeignet ist, die verfassungsmäßige Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten und schweren Ausschüssen der politischen Kampfmethode mit Erfolg entgegenzutreten, ohne daß die Länder im innersten Mark ihrer staatlichen Selbstständigkeit getroffen werden, was nur neue Unruhen und neue Unordnung schaffen würde.

Die Sedanfeiern verboten.

Der Polizeipräsident Richter hat, wie wir schon im gestrigen Abendblatt meldeten, auf Grund der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August Sedanfeiern verboten.

Die Verfügung ist den in Frage kommenden deutschnationalen Ortsgruppen zugestellt worden.

Uebrigens haben die Polizeibehörden den Auftrag erhalten, die genaue Einhaltung des Verbotes zu überwachen. Es werden alle Versammlungsorte, die für die Sedanfeiern vorgesehen waren, unter Beobachtung gehalten. Etwa doch trotz des Verbots Feiern, Teilnehmer, Redner und Veranstalter, sind zur Anzeige zu bringen. Eine gestern für Treptow angeforderte Sedanfeier hat, wie die Polizei feststellte, nicht stattgefunden.

Unsere Genossen und Genossinnen wird durch die Maßnahmen der Polizei einige Arbeit erspart. Aber vergessen wir nicht: Mißtrauen ist eine demokratische Tugend.

Die Demonstration im Reiche.

Düsseldorf, 1. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Düsseldorfer Arbeiterschaft versammelte sich erst am Donnerstag nachmittag, um das Treugelöbnis zur Republik zum Ausdruck zu bringen, da zuvor eine Genehmigung der Versammlungsbehörde notwendig war. 60 000 Arbeiter und Republikaner, sämtliche sozialistischen Parteien, die Freien und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, sowie die Christlichen Arbeiter waren erschienen. Von allen Parteien sprachen Redner zu den Massen, die sich um 5 1/2 Uhr zu einem imposanten Demonstrationzug formierten. Der Straßenbahnverkehr war zeitweise eingestellt.

Gurhaven, 1. Sept. (Ill.) Bei der gestrigen Demonstration wurden mehrere schwarzweiße Fahnen und Exemplare rechtsstehender Zeitungen verbrannt. Demonstrationen zogen vor das Rathaus und veranlaßten den Bürgermeister, eine Rede zu halten und die schwarzrotgoldene Fahne zu hissen. Bei mehreren früheren Hoflieferanten wurde die Entfernung der Schilder verlangt. Bürger-

Der Nährwert des Obstes.

Von M. A. v. Sätgendorff.

Die Bedeutung der Nährstoffe, die durch das Obst unserem Körper zugeführt werden, wird nur selten richtig beurteilt. Für die meisten Menschen gilt das Obst nur als Genussmittel, das, jeden Nährwertes bar, sozusagen zum Vergnügen verzehrt wird, weil es eben gut schmeckt, wogegen andere sich im Lob des Obstnährwertes gar nicht genug tun können. Gleichwohl kommt diese günstige Beurteilung dem richtigen Schätzungswert der Obst- wie überhaupt der vegetabilischen Ernährung am nächsten. Durch die wissenschaftliche Forschung der letzten Jahre ist so ziemlich festgestellt worden, daß gerade im Obst sehr wichtige Nährstoffe enthalten sind, und zwar solche, deren der Körper sowohl zu seinem Aufbau als auch zur dauernden Erhaltung seiner Gesundheit notwendig bedarf.

Ueber die physiologische Bedeutung des Obstes haben erst kürzlich Untersuchungen Ragnar Bergs sehr wertvolle Feststellungen gebracht. Im allgemeinen — ja selbst in Forscherkreisen — wurden unsere Früchte bisher nicht als besonders wichtige Nährstoffspender betrachtet, und im Vergleich mit jenen Nahrungsmitteln, die die Nährstoffe gewissermaßen konzentriert enthalten, wie z. B. Fleisch, Fett und Mehl, sind die Früchte fast nährstoffarm. Die konzentrierten Nahrungsmittel enthalten mehr anorganische Säuren, während die nährstoffarmen (Obst und Gemüse) wieder mehr anorganische Basen aufweisen. Nun ist festgestellt worden, daß die Nahrung, wenn das dem Körper zugeführte Eiweiß voll ausgenutzt werden und seine Verbrennung ohne wesentliche Bildung von Giftstoffen erfolgen soll, mehr Basen als Säuren enthalten muß. Ein Ueberschuß an Basen unterstützt die Ausnutzungsfähigkeit der Verdauungsorgane; denn es wird dadurch nicht nur die Bildung gewisser Zersetzungsprozesse verhindert, sondern es werden auch zahlreiche Krankheiten, die durch zu einseitige Ernährung mit konzentrierten Nahrungsmitteln entstehen, vermieden. Das ist einer der wichtigsten Gründe, weshalb Obst und Gemüse nahrhaft und beläglich auch ohne konzentrierten Gehalt an trocknenden Nährstoffen sind. Die Basen verbinden sich alsbald mit den Säuren zu wertvollen Mineralstoffen, den sogenannten Nährsalzen.

Darin allein liegt aber keineswegs die Bedeutung der Früchteernährung für den Menschen. Denn so ganz nährwertlos, wie viele das Obst hinstellen, ist es denn doch nicht. Allerdings enthalten unsere einheimischen Früchte zum größten Teil nur Wasser, sodann etwas Zucker und etwas Eiweiß; allein außer diesen Nährstoffen hat man in jüngster Zeit noch andere sehr bedeutungsvolle Bestandteile im Obst nachgewiesen, Gruppen von wasserlöslichen Ernährungstoffen, jenen ihrer chemischen Natur nach erst zum Teil erforschten Stoffen, die die Wissenschaft als Vitamine bezeichnet. Diesem Gehalt des Obstes an Vitaminen scheint denn auch die Bestimmtheit der Früchte, ihr die Verdauung belebende Wirkung

meister Fleken hat an den Vorstehenden der Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem er scharfen Protest gegen den ihn unter persönlicher Bedrohung angetanen Zwang einlegt.

Speyer, 1. Sept. („Reff. Bl.“) Die gestrige Rundgebung endete mit einem Angriff auf das Regierungsgebäude. Jugendliche Kommunisten drangen in das Gebäude ein, rissen die noch in den Bureaus befindlichen Bilder und Büsten des letzten bayerischen Königs herab und warfen sie auf die Straße. Auch das Wappen über dem Hauptportal wurde beseitigt und die Ueberschrift „Königliche Regierung“ mit Farbe überstrichen. (Diese Jugendlichen haben lediglich Arbeit zur Ausführung der Verfassung geleistet. Red.)

Cassel, 1. Sept. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Vor vielen Tausenden sprachen in der Stadthalle Genosse Hauschild, sowie U.S.P. und R.P.D.-Redner. Er erwähnte u. a., daß täglich zahlreiche Todesdrohungen an den zurzeit in Kissingen weilenden Oberbürgermeister Scheidemann eingehen; in einer einzigen Woche waren es 79. — Ein spontaner Demonstrationzug schloß sich an die Versammlung an.

Bielefeld, 1. Sept. (Eig. Drahtber.) Die freilorganisierte Arbeiterschaft demonstrierte mit roten und schwarzrotgoldenen Fahnen und Plakaten für die Republik und gegen die Reaktion. Die Arbeiterschaft zog geschlossen aus den Betrieben zum Versammlungsort Zentralhalle am Kaiser-Wilhelms-Platz. Der Aufmarsch dauerte von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr. Ueber 20 000 Teilnehmer hatten sich eingefunden, so daß von mehreren Stellen aus Redner zu den Versammelten sprechen mußten. Genosse Severing würdigte die Verdienste Erzbergers um die Republik und die Steuererhebung, die ihn zum meistgeschätzten bürgerlichen Politiker der Rechtsparteien gemacht hätten. Es sei hohe Zeit, dem Treiben der Arbeiterschaft sei verpflichtet und berufen, das durch die Revolution begonnene Werk der Befreiung des Volkes fortzusetzen. Durch die Einigkeit des Proletariats würde das Gelingen. Im Sinne der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen sprachen noch ein Redner der U.S.P. und der R.P.D. Die Demonstration löste sich nach einem Zuge durch die Hauptstraßen der Stadt in größter Ordnung auf.

Gegen rechtsbolschewistische Lügen.

Wolff verbreitet folgende Feststellungen: In der Presse sind wiederholt Nachrichten über Begnadigung der am mitteldeutschen Aufstand beteiligten, durch die Sondergerichte verurteilten Personen verbreitet worden. Die Meldungen sind durchweg irreführend, insbesondere, soweit zahlenmäßige Angaben über die Begnadigungsfälle gemacht worden sind. Der Reichspräsident ist bei den Gnabenerweisen in Uebereinstimmung mit den in der Reichstagsresolution über die Begnadigung ausgesprochenen Grundsätzen verfahren. Es hat insbesondere eine Nachprüfung der durch die Sondergerichte verhängten Zuchthausstrafen stattgefunden, und hier hat die Gnabensinstanz in den geeigneten Fällen unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des einzelnen Falles in größerem Umfang Umwandlung der erkannten Zuchthausstrafen in Gefängnisstrafen, in einigen Fällen auch in Festungsstrafen eintreten lassen. Die Behauptung, daß Reute, die durch Gewaltakte, Mordbrennerei oder andere gemeine Verbrechen an dem Aufstand beteiligt waren, benadigt und aus der Haft entlassen worden seien, ist falsch, der Reichspräsident wird bei der ersten Gelegenheit im Reichstag sich über die Handhabung des Begnadigungsrechtes äußern; eine zahlenmäßige Uebersicht über das Ergebnis der Gnabensverfahren wird dem Reichstag beschleunigt vorgelegt werden. In der Öffentlichkeit wird auch die Nachricht verbreitet, daß Hitz begnadigt worden sei oder werden soll; eine solche Wahnahme ist niemals in Erwägung gezogen worden.

Hirschfelds Urlaub.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat die folgende große Anfrage der Abgg. Braun und Genossen an die Regierung gerichtet:

Der zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilte frühere Fähnrich Ottwig von Hirschfeld ist wegen angeblicher Krankheit vier Monate beurlaubt. Diese Maßnahme steht in tristem Widerspruch mit der sonstigen Handhabung des Strafvollzuges Arbeitern gegenüber und hat in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Empörung hervorgerufen, die den letzten Rest des Vertrauens zu einer unparteiischen Rechtspflege nimmt. Was hat die Staatsregierung getan, um dieser Empörung Rechnung zu tragen? Was gedenkt sie zu tun, um für die Zukunft derartige unerhörte Standale zu verhindern?

Ein Beamter, der Reichsfarben verbietet!

Man schreibt uns:

Im Preussischen Statistischen Landesamt, Lindenstraße 28, hatten einige Angestellte eine schwarz-rot-goldene Fahne mit in das Dienstgebäude gebracht, um sie zur Demonstration mitzunehmen. Ein Angestellter hatte die Fahne aus einem Hoffenster gehängt. Sofort erschien der Vertreter des Präsidiums,

Herr Regierungsrat Professor Dr. Kühnert,

und ersuchte um Entfernung der Fahne, da es keine Dienstfahne sei. Da die Angestellten sich weigerten, die Fahne einzuziehen, wollte der Herr Professor sie mit Gewalt einziehen. Als ihm dies nicht gelang, holte er Verstärkung, nun zogen die Angestellten die Fahne ein. Auf die Frage, warum die Fahne entfernt werden müsse, antwortete Dr. Kühnert, die Beamten hätten sich darüber beschwert.

Auf dem Rückwege von der Demonstration wollte man die Fahne im Dienstgebäude unterstellen. Der Hausmeister verweigerte den Angestellten den Zutritt zum Gebäude und die Unterstellung der Fahne, da jetzt keine Dienststunden seien und es sich um keine Dienstfahne handelte.

Was geschieht mit dem Beamten, der das Aushängen der Reichsfarben verbietet?

Ist das wahr?

Die „rote Fahne“ behauptet, daß die Menschenhinder vom Freikorps Kulow Walter und Bisкуп, die von der Breslauer Strafkammer wegen bestialischer Gefangenemißhandlung zu langjähriger Gefängnisstrafe verurteilt, dann vom Reichsgericht in — u. E. rechtsirriger — Anwendung des Unmenschengesetzes freigesprochen wurden, jetzt Gefangenenausscher im schweidnitzer Untersuchungsgefängnis seien.

Trifft diese Behauptung zu, so wäre das ein unerhörter Standal. Deuten mit derart sadistischen Instinkten dürfen nie und nimmer wehrlose Gefangene unterstellt werden. Wir ersuchen den preussischen Justizminister, Herrn am Zehnhoff, um schleunige Klarstellung der Angelegenheit.

Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft.

Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt die erwartete Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft für Zucker der neuen Ernte. Für Zucker alter Ernte (1920) bleiben noch einige Vorschriften der Zuckerordnung als Uebergangsbestimmungen bestehen. Im Zusammenhang damit werden auch die Verordnungen über Kunsthonig zum 1. Oktober 1921 und die Verordnungen über den Verkehr mit Süßigkeiten zum 15. Oktober 1921 aufgehoben. Die Reichszuckerstelle, die Landesvermittlungsstellen und die Zuckerzuteilungsstellen für das deutsche Süßigkeitengewerbe in Würzburg bleiben bis zur Ueberwindung ihrer Geschäfte noch bestehen. Die Ein- und Ausfuhr von Zucker bleibt verboten.

Der Staatskommissar an den Reichsbürgerrat. Auf das Schreiben des Präsidiums des Reichsbürgerrats an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung wegen des in der „Sozialistischen Korrespondenz“ erschienenen Artikels zur Ermordung des Abgeordneten Erzberger hat der Staatskommissar bereits am Tage nach Eingang des Schreibens des Reichsbürgerrats, also am 28. August, folgendes erwidert: „Die Reichs- und Staatsregierung sind schon vor dem Erscheinen des fraglichen Artikels in der „Sozialistischen Korrespondenz“, auf den Ihr Schreiben Bezug nimmt, in Erwägung darüber eingetreten, wie der fortgesetzten Hege sowohl in der Presse, als auch bei Versammlungen, Feiern und dergleichen mehr wirksam entgegengetreten werden kann. Diese Beratungen werden durch die Vorgänge bei der Feier im Stadion am letzten Sonntag bei dem Fronkämpfertage und durch die Ermordung des früheren Ministers Erzberger eine besondere Beschleunigung erfahren.“

Die Frage, ob der Artikel der „Sozialistischen Korrespondenz“ nach den bestehenden Strafbestimmungen eine strafbare Handlung enthält, ist von der zuständigen Staatsanwaltschaft zu prüfen. gez. Weismann.“ Wie wir hören, hat die Staatsanwaltschaft ein Einschreiten abgelehnt.

sowie das erfrischende Gefühl, das wir bei ihrem Genuß empfinden, zu einem nicht geringen Teil zugrunde zu liegen. Nicht zu unterschätzen ist natürlich auch der Gehalt des Obstes an wohlriechenden Stoffen und Fruchtsäuren.

Diese Forschungsergebnisse haben das Obst nun in der Tat unter die für unsere Ernährung wichtigen Nahrungsmittel gereiht. Gleichwohl können die Wohltaten, die der Obstgenuß unserem Körper spendet, manchmal auch zweifelhafter Natur sein. Vor allem versteht es sich von selbst, daß man kein unreifes Obst verzehrt. Daß man ferner gleich mit Obst oder unmittelbar auf das Obstessen kein Wasser trinken darf, ist ebenfalls eine bekannte Gesundheitsregel. Gefocht ist jedes Obst leichter zu verdauen als die roh genossene Frucht. Beim Kochen des Obstes wie auch bei der Herstellung von Trocken- und Konservenfrüchten muß aber vor allem eine zweckmäßige Zubereitungsweise Beachtung finden, bei der die nahrhaften und nährstoffbildenden Bestandteile den Früchten nicht entzogen werden.

Die im Obst enthaltenen Basen und Vitamine sind im Wasser löslich. Werden also die Früchte in Wasser gekocht, so gehen diese nährlichen Nähr- und Ergänzungsnährstoffe auch ins Wasser über, und deshalb ist dann die erste Bedingung, dieses Wasser mit zu genießen. Dasselbe gilt auch für das Brühpflaster der Gemüße. Auch beim Trocknen und Dörren des Obstes sollte den Früchten ihr Gehalt an Vitaminen möglichst erhalten bleiben. Wenn man beim Trocknen der Früchte nicht über die Temperatur von 50 Grad Celsius hinausgeht, so werden weder die Vitamine noch überhaupt die aromatischen Geruch- und Geschmacksstoffe des Obstes zerstört.

Von dem gleichen Gesichtspunkte aus scheinen auch jene Konservierungsmethoden wenig zweckmäßig, bei denen man den Früchten Säuren wie Benzoesäure und Salizylsäure zusetzt, wogegen Essig-, Milch- und Zitronensäure eher verwandt werden können. Jene Säuren verlangen nämlich zu ihrer Neutralisierung einen ihrer Menge entsprechenden Gehalt der Früchte an Basen; nicht immer ist dieser Bedarf aber zu decken, und so sind denn solche Konserven, weil viel zu säurehaltig, oft schwer verdaulich, wenn nicht überhaupt ungesund.

Vierter Klasse. Langsam rollt der Zug durch das Gelände der Stadt entgegen. Es ist noch früh am Tage. Die Abteilungen vierter Klasse, in der ich sitze, ist nur mäßig besetzt. Meistens sind es Marktfrauen, die in hochbeladenen Rippen und Körben ihre Garten-erzeugnisse in den Städten zum Verkauf anbieten wollen.

In der vierten Wagenklasse ist man nicht wortlos. Man kommt rasch ins Gespräch. Das dreht sich natürlich sofort um die hohen Preise, namentlich um diejenigen der landwirtschaftlichen Produkte. Städter und Bauer stehen sich, sobald dieses Gesprächsthema angeschnitten wird, sofort feindselig gegenüber. Gegen die Industrieprodukte und die Handwerkerforderungen zieht die eine Partei, gegen die Höhe der Agrarprodukte die andere los. Zu einer Einigung gelangt man nicht; dazu sind beide Teile zu voreingenommen.

Aber der ruhige Beobachter vermag doch auch hier zu lernen. Denn er sieht noch ein, daß es nicht der Kleine Landmann und der

Kaufmann sind, die die riesigen Profite, welche man z. T. der Landwirtschaft nachrührt, in die Tasche stecken. Auch sie sind Proletarier, die sich bitter schwer schinden müssen und kaum aus den Sachen herauskommen, so sehr reißt sich die eine Arbeit an die andere. Warentransport und Bahnfahrt sind geradezu unerträglich geworden. Markt kommt zu Markt. Und so erliegen Preise, die schier ins Schwindelhafte steigen zu sein scheinen.

Unaufhaltsam rollt der Zug durchs Land. Seine Räder stampfen eintönigen Takt. Sie kümmern sich nicht um den Disput der Menschen, die unersöhnlich und fast ohne eine Verständigung zu wollen, aneinander vorbeireden. Der Spätsommermorgen ist bereits zu seiner ganzen goldenen Schönheit erwacht. Dünst ist der Zug den Feldern und Wäldern der Vorstadtzone entronnen. Schon sammeln sich die Häuser dichter und dichter zu beiden Seiten des Schienenstranges. Schon gleitet die Lokomotive durch die Stadt...

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen beträgt in Deutschland über 9 1/2 Millionen, fast ein Drittel der gesamten Erwerbsarbeit liegt in Frauenhänden. Die Zahl der geprüften Handwerkermeisterinnen, die 1915 noch 11 000 betrug, ist auf 30 000 gestiegen. Auf allen Gebieten und in jedem Beruf ist ein Anwachsen der Frauennarbeit über das Maß der Bevölkerungszunahme hinaus zu verzeichnen.

Noch einmal die Wänschelrute. In der „Ingenieur-Zeitung“ in Göttingen werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß in unserem Referat über das Problem der Wänschelrute, das auf die Veröffentlichungen dieser Zeitschrift Bezug nimmt, irrtümlich gesagt ist, man wäre dort bereits zu einem „Schluß“ gekommen. Dies ist nicht zutreffend, sondern im Gegenteil geht die Diskussion zurzeit noch weiter. Es werden zunächst lediglich die Meinungen der verschiedenen Fachkreise wiedergegeben.

Amundsen zurückgekehrt. Aus Seattle in Alaska wird gemeldet, daß Ronald Amundsen Expeditionsschiff Nord dort angekommen ist. Amundsen proklamiert sich für diesen Jahre und begibt sich dann wieder auf seine Reise nach dem Nordpol.

Die Verwaltungs-Akademie Berlin veröffentlicht ihr Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1921/22. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle, Berlin W 8, Charlottenstr. 50/51, vom 15. September an entgegen. Das Vorlesungsverzeichnis wird gegen Voreinsendung von 2 M. zugestellt.

Der Niederdeutsche Bund wünscht eine Bearbeitung der Frage, wie weit sich ein einseitiger Besch auf Volkstum und volkstümlichen Ueberlieferungen für die Niederlande und Niederlande auswirken läßt. Arbeiten sind ohne Namensnennung mit Stichwort bis 1. Juni 1922 an Dr. G. Fr. Bland, Hamburg, Balldier 38, einzubringen.

Der Flug ohne Motor. Dem Kaiserlichen Ingenieur Altmeyer gelang am Dienstag der erste Ueberlandflug mit einem motorlosen Flugzeug, wobei das Ziel vorher bestimmt war. Altmeyer startete von einem 20 Meter hohen Punkt der Balleruppe (Röhde) in einem Eindecker und landete nach 13 Minuten vor dem 5 Kilometer entfernten Gersfeld. 10 Minuten lang hielt er die Aßlagelbe inne.

Der schnellste Zug der Welt. Die Engländer erleben jetzt den Anspruch, daß auf ihren Bahnen ein Zug die größte Schnelligkeit auf einer langen Strecke entfaltete. Auf der Great Western Railway legen zwei Tage nach Bristol zwischen Sedminton und Southall die Strecke von rund 150 Kilometer in 37 Minuten zurück. Dabei erreicht der Zug auf einem Teil der Strecke eine Geschwindigkeit von 125 Kilometer in der Stunde.

Groß-Berlin

Explosionsunglück in den Deutschen Werken. Zwei Arbeiter getötet, drei verletzt.

Ein schweres Explosionsunglück, bei dem zwei Arbeiter getötet, mehrere andere schwer verletzt wurden, hat sich gestern in den Deutschen Werken A.-G. in Spandau abgespielt.

Die Firma hatte für die Zepelinwerke eine größere Anzahl Wasserstoffflaschen zu liefern. Die großen Stahlflaschen, die einen Druck von fast 200 Atmosphären aushalten, waren in der Maschinenfabrik gelagert worden und sollten von einem Werkmeister der Zepelinwerke vor der Abnahme geprüft werden. Die als ordnungsmäßig befundenen Flaschen wurden zu einem vor dem Maschinenhause haltenden Wagon gebracht, wo sie dann weiter verladen wurden. Zu dieser Arbeit wurden fast nur Fachleute verwendet, da die Sauerstoffbehälter infolge des hohen Druckes, unter dem die Stahlflaschen stehen, stets eine gewisse Gefahr, namentlich bei falscher Bedienung, bilden. Gegen 11 Uhr mittags erlöste plötzlich eine gewaltige Explosion, die alle im Raum befindlichen Personen zu Boden warf. Die Türen und Fenster wurden durch den unbeschreiblichen Luftdruck herausgedrückt. Die in den nebenan befindlichen Werkstätten beschäftigten Arbeiter eilten in den Raum und fanden dort 5 Personen besinnungslos am Boden liegen. Der Schlosser Robert Rutschke, Spandau, Gartenstr. 1a, war von der explodierenden Flasche in Stücke gerissen worden. Schlosser Franz Börner, Kinnerstr. 2 in Spandau wohnhaft, hatte schwere Verletzungen am Kopf und an der Brust erlitten, so daß er auf dem Wege nach dem Spandauer Krankenhaus verstarb. Der Dreher Albert Hantelberg aus Spandau lebte noch, hatte jedoch so schwere Verletzungen am Rücken und am Darm erlitten, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird. Die Arbeiter Franz Schlanitz aus Staaken und Theophil Brutt, Rieger Str. 74, hatten nicht unerhebliche Verletzungen an Beinen und Füßen erlitten.

Eine sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß offenbar einer der Arbeiter auf die Wasserstoffflasche ein Prüfungsmanometer aufgeschraubt hatte, ohne dazu berechtigt gewesen zu sein. Offenbar ist die Befestigung des Druckmessers nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geschehen, so daß atmosphärische Luft zu dem Wasserstoff trat. Seitens der zuständigen Behörden ist ebenfalls eine genaue Untersuchung des Unglücksfalls eingeleitet worden.

Die Zeugen gegen den Luftmörder.

Die Vernehmung des Luftmörders Großmann wurde gestern nachmittags, nachdem eine ganze Reihe von Zeugen vernommen und ihm gegenübergestellt worden waren, um 2 Uhr abgebrochen. Am schwersten belastet wurde der Verbrecher durch das Gutachten des Gerichtsarztes Prof. Dr. Strauch. Dieser hat durch eine mühsame, ganz systematische Untersuchung der Aschen- und Abfallreste, die in den Zimmerreden der Großmannschen Wohnung gefunden wurden, Feststellungen gemacht, die Großmann ungemein schwer belasten. In dem Zimmer Großmanns lagen in den Ecken große Schmutzhäufen, Reste von Nahrungsmitteln aller Art, Käse, Obst usw., die auch mit Aschenresten vermischt waren. Diesen Unrat hat nun Prof. Dr. Strauch genau untersucht und dabei die Feststellung gemacht, daß sich unter der Asche Reste von mindestens zwei menschlichen Händen befanden. Außerdem wurden noch Knochenreste eines Brustknochenes vorgefunden. Wahrscheinlich hat der Verbrecher ganze Leichen auf diese Weise verbrannt. Die spärlichen Ueberreste der Knochen hat er dann mit der anderen Asche ausgeknetet, weil er es wohl für ausgeschlossen hielt, daß man daraus noch erkennen könnte, daß diese von einem Menschen herrühren.

Großmann will keine Erklärung dafür haben, wie diese Aschenreste in sein Zimmer gekommen sind. Er selbst habe sie jedenfalls nicht dorthin geschüttet. Außer diesen Knochenresten hat Prof. Dr. Strauch auch noch Korrekturen von zwei Korrekturen in dem Schmutzhäufen gefunden. Auch über deren Herkunft konnte der Verbrecher keine Angaben machen.

Die Leiche der ermordeten Verkäuferin Emma Neumann aus der Schönenfelder Str. 42 wurde gestern nachmittags von dem Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch im Leichenhause obduziert. Die Leiche, Frau Doris Hoffmann, die Witvin der Neumann, hat, wie mitgeteilt, angegeben, daß sie die Neumann im Streit so heftig gestoßen habe, daß sie hinterrücks mit dem Kopf auf die Bettstelle gefallen und tot liegegeblieben sei. Die Obduktion

Rote Schulwoche Neukölln

Keiner darf fehlen,

der Interesse an der weltlichen Schule hat und Gegner der Schulreaktion ist, am Sonntag, den 4. September, zum Demonstrations-Umzug.

Erscheint alle, mit Rot und Blumen geschmückt, um 10 Uhr vormittags, am Körnerpark.

14. Bezirk, Neukölln. Freitag, den 2. September. Neue Welt: Literaturabteilung für alle Schulen Neuköllns. Schulstunde 8 Uhr. Beginn 7 Uhr. Literaturabteilung erscheinen 1/2 8 Uhr.

tion eracht jedoch, daß diese Darstellung nicht richtig sein kann. Keiner Kratzwunden und sonstigen Spuren eines Kampfes wurde keine tödliche Verletzung gefunden. Der Tod der Verkäuferin ist durch Erstickung eingetreten. Der Anebel, das lange Handtuch, ist der Neumann mit großer Gewalt in den Mund gestopft worden, wobei die falschen Zähne des Oberkiefers mit der Gaumenschleimhaut so tief in den Hals gestochen wurden, daß die Neumann erhebliche Verletzungen erlitt und an Erstickung verstarb. Daß Frau Hoffmann den Anebel, wie sie angibt, nachträglich der Neumann in den Mund gesteckt habe, um einen Raubmord vorzutäuschen, trifft nicht zu. Dagegen sprechen Blutungen im Munde, die ebenfalls bei der Obduktion sich deutlich zeigten.

Schiebungen bei der Reichsgetreidestelle. Die Provisoren des Abteilungsleiters.

Ein großer Bestechungsprozess, bei dem ein ehemaliger Abteilungsleiter der Reichsgetreidestelle die Hauptrolle gespielt hat, beschäftigt die Ferienstrafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsrat Vogel bis zum späten Abend. Die auf Urkundenfälschung bzw. passiver und aktiver Bestechung lautende Anklage richtete sich gegen den früheren Abteilungsleiter Karl Best in Wilmersdorf, die noch jugendliche Stenotypistin Gertrud Rothe in Charlottenburg und den Vertrauenshändler Ludwig Eschmann in Charlottenburg. Soweit Bestechung in Frage stand, hatte auch der Vereingegen das Bestechungsunwesen Strafantrag gestellt.

Der Angeklagte Eschmann vertrat die Interessen des großen Anilin-Konzerns bei der Bejorgung von Einfuhrgenehmigungen für Rohrzucker für die im Konzern beschäftigten mehr als 100 000 Arbeiter und wandte sich bei dem Bestreben, Auslandsrecht zu beziehen, mit entsprechenden Gesuchen an Best, der als Abteilungsleiter in der Reichsgetreidestelle eine besondere Vertrauensstellung besaß. Auf dessen Vorschlag kam es bei Einfuhrbewilligungen in erster Reihe an dem Anilin-Konzern waren solche Gesuche in großem Umfange schon mehrfach genehmigt worden, es gelang dann aber ein Erlaß der vorgesetzten Behörde, in dem ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wurde, daß gemäß der Anweisungen des Reichs-ernährungsministeriums solche Sonderzuteilungen an Industrienkonzerne nicht mehr gemacht werden sollen, nachdem durch die Reichsgetreidestelle seit Oktober v. J. Nachweis an die Behörde abgegeben wird. Das neue Gesetz Eschmanns fand bei Best anfänglich eine Ablehnung, dieser beförderte dann aber die Sache und ließ durch die in seinem Bureau angestellte Stenotypistin Rothe, mit der

er Beziehungen unterhielt und sie reich beschenkte, ein Schreiben an den Reichsbeauftragten anfertigen, mit dem Erlaß, daß mit Rücksicht auf die Notlage der Anilinarbeiter die Einfuhr von 45 Tonnen Auslandsrecht aus Holland genehmigt wurde. In der Einfuhrbewilligung, die von Best und einem zweiten Beamten zu unterzeichnen war, stand ursprünglich 45 Tons, der Angeklagte Best soll aber, nachdem die Unterschriften geleistet waren, hinter die Zahl 45 durch die Rothe noch eine Null haben setzen lassen, so daß die Riesensumme von 450 Tonnen entstand, die 45 Waggons gefüllt haben würden. Best war dann der Ansicht, daß bei dem kolossalen Geschäft, das die Rotterdamer Firma auf diese Weise machte, auch für ihn etwas abfallen müsse, er wandte sich daher bei Eschmann, dieser wieder an die Rotterdamer Firma, und nach längerem Hin und Her verstand sich diese zur Zahlung von 180 000 Mark, von denen 120 000 M. dem Best tatsächlich zugeflossen sind. Er hatte dann die Dreifachheit, wegen des ihm vorenthaltenen Restbetrages von 60 000 M. noch klagbar zu werden. Der Staatsanwalt hatte die Vermutung, daß Best auch noch andere ähnliche Geschäfte gemacht hat, und folgerte dies aus der allerdings auffallenden Tatsache, daß Best eine Summe von 80 000 M. hinter sich hatte, die er nicht bei einer Bank, sondern bei einem Privatmann untergebracht hatte.

Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht den Angeklagten Best zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust sowie zu 50 000 M. Geldstrafe, Eschmann zu 20 000 M. Geldstrafe, die Rothe zu 1 Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe unter Zubilligung einer Bewährungsfrist. Der Wert der empfangenen Bestechungssumme wurde dem Staat für verfallen erklärt.

Vorsorge für den Winter.

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, zu dem Bestand seiner Schneepflüge zunächst zehn weitere zu bestellen. Durch die Eingemeindung wird außerdem eine bessere Ausnutzung der in den einzelnen Bezirken sich befindenden Schneepflüge stattfinden können. Ferner wird beschlossene, eine Anzahl von Schneepflügen in Benutzung zu nehmen, die an Lastautos angehängt werden. Im-Berlin kommt so auf ungefähr 100 Schneepflüge gegen 66 bisher. Um starken Schneefällen gewachsen zu sein, wie wir sie z. B. im Winter 1919/20 zu verzeichnen hatten, müßten allerdings etwa 150 solcher Schneepflüge in Tätigkeit treten können. Die leidige Gedröhne hindert auch in diesem Falle, gründlich Wandel zu schaffen. Immerhin ist zu hoffen, daß, wenn nicht außerordentliche Witterungsverhältnisse eintreten, die Verwaltung der Straßenreinigung besser als in den vorhergehenden Wintern den Ansprüchen gewachsen sein wird.

Weltkongresse und Winkelbanken.

Dem Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (Z. B.) wird uns geschrieben: Nach dem Zusammenbruch zahlreicher Weltkongresse besteht bei deren bisherigen Platzretretern anscheinend das Bestreben, zum Zwecke des Bankiers und Wertpapierhändlers umzusetzen und die von ihnen in ihrer früheren Tätigkeit angewendeten Geschäftsmethoden auch auf das Gebiet des Effektenhandels zu übertragen. Es wurde bereits kürzlich auf ein Bankkommissionsgeschäft von Bernhard Dettmeyer in Dresden hingewiesen, das die finanzielle Leitung einer internationalen Montanengesellschaft m. b. H. in Händen hat und ausgedehnten Einleuten eine Kapitalvermehrung binnen zwei Monaten sowie die Abgabe von Montananteilen mit garantiert 50 Proz. Jahresdividende in Aussicht stellt. Es bestätigt sich, daß der Inhaber dieser Firma früher als Vertreter des Köhn-Konzerns tätig gewesen ist und in öffentlichen Anzeigen auf ein Stammapital von 5 Millionen Mark hingewiesen hat, womit offenbar die Einlagen der Kunden des Köhn-Konzerns gemeint gewesen sind. Von dem Köhn-Konzern kommt ausserdem auch eine neugegründete, zur Börse nicht zugelassene „Bankfirma“ Otto Hoffmann u. Co. zu Berlin S. O. 26, Staliner Straße 2, deren Hauptgeschäftsführung in den Händen eines Herrn Karl Heinz Gregersen liegt. Herr Gregersen war in Breslau und Dresden Generalvertreter des Köhn-Konzerns, dem er Betriebskapital insbesondere dadurch zu verschaffen suchte, daß er Kriessanleihebesitzern eine vorteilhafte Verwaltung und Verwertung ihrer Kriessanleihe anbot. Auf seinen

Sonntag, 4. September: Allgemeine Flugblattverbreitung zur Stadiverordnetenwahl
Dienstag, 6. September: Öffentliche Wählerversammlungen

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Sie wollte nicht ungerecht sein, wie sie es diese Nacht noch gewesen war, sie wollte es zugestehen: er war nicht schlechter, als es der Durchschnitt der anderen war, eher besser, und ganz gewiß, das sehe sie jetzt ein, habe sie nichts getan, um ihn besser zu machen.

Schon noch einer kurzen Treue wandte er sich von ihr ab, nicht innerlich, nein, aber um so mehr nach außen hin, indem er Zerstreuungen suchte, weil er unfähig oder weil sie ihm nicht dabei behilflich war, eine ruhige Sammlung und Harmonie in sich selbst zu finden.

Von diesem Tag an graute mir vor ihm,“ sagte sie, „nicht weil er mich verließ, sondern weil er sich mit einem billigen Ersatz begnügte, der mich schändete. Es nützte mir nichts, daß ich mir sagte, er sei doch der Vater meines Kindes. Das, was in meinem Kind von ihm war, lebte nicht mehr, er hatte es verloren. Er trieb nur noch als ein Brack auf dem Wasser des Lebens umher, und ich wünschte ihm den völligen Untergang. Auf ihn wartete ich, und ich opferte gern mein Vermögen, um ihn zu beschleunigen. . . . Und dann, als er da war, gestern, diese Nacht, weil ich immer und entschuldig, als ich es geahnt hatte, da überließ mich eine heiße Freude. Jetzt ist er tot, dachte ich, du bist gerächt. Und doch —“

Sie unterbrach sich und sah ihn starr an.

Er nickte heftig und fragte: „Und doch —?“

— und doch fühlte ich in jenem Augenblick, da er zusammenbrach, daß ich ihn — liebte. . . . Das, was von ihm in meinem Kind war, lebte plötzlich wieder auf, es war Fleisch von meinem Fleisch, Geist von meinem Geist, und je heftiger und erbarmungswürdiger ich es zu den sah, um so größer wurde meine Liebe, die plötzlich retten wollte und retten mußte und die nur darauf wartete, daß auch er dieses Eine, dieses Zusammengehörige und uns Einende erkennen würde und für dieses das Opfer bringen würde, das allein es wert war. . . . Aber er erkannte es nicht. Er blieb das Brack, das er geworden war und hatte keine andere Sorge außer der, es in Sicherheit zu bringen. Seine Furcht vor dir war größer als seine Liebe zu mir. Er wollte nicht ins Gefängnis kommen und so verriet er mich.“

„Und dieses kannst du ihm nicht verzeihen?“ fragte er.

„Rein,“ rief sie verzweifelt, „das nicht!“

„Und alles andere hättest du ihm verziehen?“

„Alles,“ schluchzte sie, „alles. . .“

Er wick von ihr zurück, beglückt und schmerzgedrückt zu gleicher Zeit. „Du liebst ihn noch,“ sagte er düster, „du liebst ihn.“

„Nein,“ antwortete sie und starrte glanzlos vor sich hin, „ich hasse ihn.“

„Das ist dasselbe, Lucie — glaub mir, das ist dasselbe.“

Er nahm abermals ihre Hand und strich steblos über sie hin. „Du sollst dich nicht schämen. Stolz sollst du sein. Es ist dein Recht, ihn zu lieben — es ist jetzt deine Pflicht.“

„Es gibt nur einen, Herbert, den ich liebe,“ sagte sie weich, „ich weiß es, und das bist du.“

„Aber er hat dich,“ beglückte er sie, „und dieses, daß er dich hat, mit allem, was du bist und sein kannst, dies ist viel stärker. . . . Du gehörst ihm und kannst dich niemandem schenken. Fühlst du das nicht?“

Sie war sehr blaß. „Du magst mich nicht — du willst mich nicht haben?“

„Ich möchte dich stehlen, Lucie, dem andern, der dich hat, möchte ich dich stehlen — hätte ich dich dann?“

„Ich wäre dir dankbar. . .“

„Du würdest mich eines Tages verachten!“

Sie hob unsicher den Kopf und versuchte es, in seinem Gesicht zu lesen. „Ich verstehe eines nicht,“ sagte sie unter Erdröten, „dieses Eine: warum, wenn du mich nicht willst, hast du — das alles getan?“

„Um mich zu rächen,“ sagte er.

„Und wohin soll die Rache gehen, deine Rache — zu wem?“

„Bis zum Ende.“

„Bis zum Ende? Was wird das Ende sein?“

„Der Anfang, Lucie — sein und dein Anfang. . . . Denn ihr beide hattet noch nicht begonnen zu leben. Euer Leben war nur ein Vegetieren. Aber ihr sollt endlich leben. Es war hohe Zeit. . .“

Sie stand auf und machte ein paar Schritte durch das Zimmer. Dann schüttelte sie den Kopf. Sie sagte, und in ihrer Stimme war Entschlossenheit: „Rein, das kann ich nicht. Ich kann nicht mehr mit ihm leben.“

„Kannst du es ihm nicht verzeihen, daß er dich verraten hat?“

Sie blickte ihn erstarrt an. „Du fragst? Könntest du es ihm verzeihen?“

Seine Antwort war jenes sonderbare Lächeln, das auch sie noch an keinem Menschen wahrgenommen hatte und bei dessen Anblick ihr Herz zu heben anfing.

„Habe ich nicht auch dir verziehen? Und dann — er zog den erbrochenen Brief aus der Tasche und gab ihn ihr —“

„Nies dieses. . . . Er schreibt: „Lucie, vergiß es nicht, daß ich nur ein Mensch war.“. . . . Verstehst du das? Und kannst du das vergessen?“

Sie nahm den Brief, riß ihn in kleine Stücke und warf diese in einen Winkel. „Das sind Worte. Ich bin zu müde, um über sie nachzudenken oder mich an sie zu halten. . . . Ich will schlafen.“

„Ja, schlaf,“ sagte er und reichte ihr zum Abschied die Hand, „und warte auf einen Morgen.“

27.

Einen vollen Tag und eine Nacht war Reiser in Berlin umhergeirrt. Nun wurde es langsam Morgen. Er sah im ersten Stock eines Kaffeehauses in der Friedrichstadt. Die Frauen, die den Saal reinigten, hatten ihn schon einmal von seinem Platz getrieben. Jetzt sagte der Kellner abermals zu ihm: „Will sich der Herr nicht rückwärts bemühen — rückwärts ist es sauber.“

Reiser ging nach rückwärts und sah ganz allein. Er war sehr schwach und konnte sich kaum noch schleppen. Er hatte nichts gegessen, nur getrunken und geraucht. Und auch geschlafen hatte er nicht — nun schon die zweite Nacht nicht geschlafen. Jetzt fiel ihm der Kopf nach vorn, und er schloß die Augen. Wie lange er so geessen hatte, wußte er nicht. Ein Mann rüttelte ihn an der Schulter und sagte barock: „Nicht schlafen, mein Herr!“

Da sah er auf und erkannte, daß es sonniger Morgen war. An einzelnen Tischen saßen schon Gäste, frisch, ausgeschlafen und gesund, und tranken den Morgenkaffee, bereit, ihrer Arbeit nachzugehen.

Ich muß fort, dachte Reiser, aber wohin? Es war ihm unmöglich, noch einen zweiten Tag in Berlin umherzuirren. Jedes Geräusch, das er vernahm, verursachte ihm Uebelkeit, der Anblick eines jeden Menschen tat ihm weh. Er dachte an die vornehm-ruhige Abgefallenheit seines Pimmers dabeim, und es legte sich wie ein eiserner Ring um seine Brust. Aber er überwand das, preßte trotzig die Lippen aufeinander und trat auf die Straße.

(Fortf. folgt.)

Arbeiter der Metallindustrie Gr.-Berlins!

Nachstehend unterbreiten die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und das Metallkartell den Schiedsgericht, der am 31. August 1921 von dem Schiedsgericht, welches von dem Herrn Reichsarbeitsminister angeführt war, gefällt wurde.

Schiedsgericht.

Der zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten in der Berliner Metallindustrie vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung vom 31. August 1921 unter Mitwirkung

1. des Oberregierungsrats Dr. Caesar, als Vorsitzenden,
2. des Referenten Orzinski,
3. des Regierungsrats Dr. Tiburtius
— als unparteiischer Beisitzer —
4. des Justizrats Waldschmidt,
5. des Regierungsbaumeisters Pfeil,
6. des Fabrikdirektors Hasse
— als Arbeitgeberbeisitzer —
7. des Mechanikers Gutsche,
8. des Werkzeugmachers Zippel,
9. des Formers Bredow
— als Arbeitnehmerbeisitzer —

einstimmig folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Die Tariflöhne der männlichen Arbeiter über 21 Jahre werden um 75 Pf. pro Stunde erhöht. Die Akkordbasen werden den Einstellungslohn gleichgesetzt.

2. Arbeiter von 18—21 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 65 Pf. die Stunde.

3. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 30 Pf. pro Stunde für das 14. bis 15. und 15. bis 16. Jahr, um 45 Pf. pro Stunde für das 16. bis 17. und 17. bis 18. Jahr.

4. Arbeiterinnen an Maschinen und Handarbeiterinnen, deren Leistungen nicht mit den Leistungen männlicher Arbeiter verglichen werden können, erhalten eine Erhöhung der Tariflöhne um 50 Pf. Die Akkordbasis wird auf 3,75 M. pro Stunde erhöht.

5. In der Glühlampenindustrie beschäftigte Arbeiterinnen erhalten in Gruppe I 50 Pf. Erhöhung des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf 3,95 M. erhöht; in der Klasse II ebenfalls 50 Pf. Erhöhung des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf 3 M. erhöht.

6. Jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren erhalten im Alter von 14 bis 15 und 15 bis 16 Jahren eine Erhöhung der Tariflöhne um 25 Pf. pro Stunde, im Alter von 16 bis 17 und 17 bis 18 Jahren um 30 Pf. pro Stunde.

7. Die Teuerungszulagen werden auf 24 M. erhöht, und zwar sowohl die Ehefrauenzulage sowie auch für jedes Kind zu gewährende Kinderzulage.

Bezüglich der Erhöhung der einzelnen Akkordsätze infolge Erhöhung der Akkordbasen gilt, daß bei sämtlichen Akkordfällen, bei denen der Arbeiter die neue Akkordbasis erreicht oder darunter bleibt, eine Erhöhung der Akkordsätze im Verhältnis der neuen Akkordbasis zur alten Akkordbasis vorgenommen wird.

Akkorde, bei denen die neue Akkordbasis bereits jetzt um mehr als 20 Proz. überschritten wird, werden nicht erhöht.

Akkorde, bei denen die Akkordverdienste zwischen diesen beiden Grenzen liegen, werden nach gleitenden, fallenden Umrechnungssätzen erhöht. Der Umrechnungssatz ist bei Akkorden, bei denen die neue Akkordbasis bereits erreicht wird, das Verhältnis neuer Akkordbasis zu alter Akkordbasis, er endet bei Akkorden, bei denen die neue Akkordbasis plus 20 Proz. bereits erreicht wurde, mit dem Umrechnungssatz 1.

Die Zulagen beziehen sich auf die Tarifsätze. Auf Grund des Tarifs gewährte Künstler- und Ausgleichszulagen bleiben auch nach der Erhöhung der Tarifsätze bestehen, soweit die Zulagen nicht ausdrücklich unter Vorbehalt gewährt worden sind.

Die Erhöhungen treten mit dem Beginn der auf den 31. August 1921 folgenden Lohnwoche in Kraft.

Die Parteien haben sich bis zum 3. September 1921, nachmittags 5 Uhr, dem Reichsarbeitsministerium gegenüber über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären.

Berlin, den 31. August 1921.

Am 25. August 1921 hatten die Berliner Metallarbeiter, soweit sie in den Betrieben des Verbandes Berliner Metall-

industrieller beschäftigt sind, zu dem Verhandlungsergebnis durch Urabstimmung Stellung genommen. Mit Zweidrittelmehrheit wurde das damalige Verhandlungsergebnis abgelehnt. Infolgedessen fanden am 27. und 30. August 1921 erneut Verhandlungen zwischen dem BBRM. und dem DMV. statt. Bei diesen Verhandlungen wurde die Protokollnotiz III befreit und die Akkordüberschreitungen anstatt 10 Proz. auf 20 Proz. erhöht. Lohnerhöhungen wollten die Unternehmer nicht gewähren, weil sie dazu keinerlei Mandate von ihren Mandatgebern hatten. Deshalb zerschlugen sich die Verhandlungen und die Verhandlungskommission des BBRM. gab folgende Erklärung ab:

Die Verhandlungskommission des BBRM. ist nicht in der Lage, bezüglich der Erhöhung der Lohnsätze, nachdem diese von den maßgebenden Organen des Verbandes abgelehnt ist, weitere Zugeständnisse zu machen. Der BBRM. wird deshalb den Herrn Arbeitsminister um unverzügliche Einberufung eines Schiedsgerichts zur Entscheidung über die strittige Frage ersuchen. Falls aber der DMV. bis Mittwoch, 3 Uhr, wo eine neue Sitzung der Verbandsorgane stattfindet, ein festes Angebot mit gegen die Forderung vom Sonnabend ermäßigten Lohnsätzen machen kann, will die Verhandlungskommission des BBRM. sich für die Annahme eines solchen Angebots in den darüber befindenden Sitzungen der Verbandsorgane voll einsetzen. Die Entscheidung würde spätestens Donnerstag nachmittag erfolgen, so daß noch an diesem Tage die beiderseitige Unterschrift vollzogen werden könnte.

Berlin, den 30. August 1921.

Darauf gab die Verhandlungskommission des DMV. folgende Erklärung ab:

Die Verhandlungskommission des DMV. erklärt, daß, wenn die Kommission des BBRM. der Erhöhung der Einstellungslohn auf 80 Pf. zustimmt, sowie die anderen, heute gemachten Zugeständnisse aufrechterhält, sie sich bei ihrer Mitgliedschaft mit allem Nachdruck für die Annahme einsetzt. Ein niedrigeres Lohnangebot kann die Verhandlungskommission des DMV. nicht machen.

Ist über vorstehende Differenzen eine Einigung hier nicht zu erzielen, so ist die Verhandlungskommission des DMV. bereit, gemeinsam mit der Kommission des BBRM. das Arbeitsministerium unter folgenden Bedingungen anzurufen:

1. Der vom Schiedsgericht zu fällende Spruch gilt mit Wirkung von der auf den 31. August 1921 folgenden Lohnwoche.
2. Das Schiedsgericht muß spätestens bis Donnerstag, den 1. September 1921 zusammentreten.
3. Ueber den Vorsitz muß heute noch eine Verständigung erfolgen.

Berlin, den 30. August 1921.

Daraufhin ging je ein Vertreter des BBRM. und des DMV. zu dem Herrn Reichsarbeitsminister, um ihm die Situation vorzustellen. Dieser erklärte sich bereit, noch am Mittwoch, den 31. August 1921, ein Schiedsgericht mit drei unparteiischen Vorsitzenden einzusetzen. Demzufolge wurde am Mittwoch, den 31. August, in stundenlangem Verhandlung von früh 10 bis 6 Uhr abends der oben angeführte Schiedspruch gefällt. Nach Bekanntgabe desselben nahmen die Funktionäre des Metallkartells Stellung und beschlossen einstimmig, den Spruch den Kolleginnen und Kollegen zur Annahme zu empfehlen. Maßgebend für diesen Beschluß waren folgende Gesichtspunkte:

1. Die Stundenlöhne wurden erhöht.
- Zum Beispiel: es erhält ein verheirateter Arbeiter in Klasse I mit zwei Kindern eine Zulage pro Woche von 61,87 M.

Vergleich der bisherigen Akkordverdienste mit den sich aus dem Schiedspruch ergebenden neuen Verdiensten.

(Durchgeführt für Klasse I und IV.)

Klasse I.

Familienstand	Bisherig		Neu		Bisherig		Neu	
	bis-heriger	Reu-regelung	bis-heriger	Reu-regelung	bis-heriger	Reu-regelung	bis-heriger	Reu-regelung
ledig	5,60	6,88	6,05	6,90	6,35	7,11	7,25	7,25
verh. ohne Kind	5,79	6,90	6,24	7,42	6,54	7,63	7,44	7,77
verh. mit 1 Kind	6,18	7,41	6,68	7,93	6,98	8,14	7,83	8,28
verh. m. 2 Kind.	6,57	7,83	7,02	8,43	7,32	8,66	8,22	8,80
verh. m. 3 Kind.	6,95	8,44	7,40	8,95	7,70	9,17	8,60	9,31

Klasse IV.

Familienstand	Bisherig		Neu		Bisherig		Neu	
	bis-heriger	Reu-regelung	bis-heriger	Reu-regelung	bis-heriger	Reu-regelung	bis-heriger	Reu-regelung
ledig	4,90	5,89	5,45	6,44	5,65	6,56	6,55	7,54
verh. ohne Kind	5,09	6,35	5,64	7,01	5,84	7,02	6,74	7,07
verh. mit 1 Kind	5,48	6,80	6,03	7,52	6,23	7,53	7,18	7,58
verh. m. 2 Kind.	5,87	7,39	6,42	8,04	6,62	8,05	7,52	8,10
verh. m. 3 Kind.	6,25	7,89	6,80	8,53	7,01	8,56	7,90	8,61

Vergleich der bisherigen Tariflöhne männlicher Arbeiter über 21 Jahre mit den Sätzen des Schiedspruches.

Verdiensttäge in Mark.
1 bis 6 Tage nach Einstellung.

2. Mit den drei Tarifauslägen von je 10 Pf.

Familienstand	V.		IV.		III.		II.		I.	
	bis-heriger	neu								
ledig	4,60	5,25	4,70	5,40	4,90	5,65	5,10	5,80	5,30	6,05
verh. ohne Kind	4,80	5,77	4,89	5,97	5,09	6,17	5,29	6,57	5,49	6,57
verh. mit 1 Kind	5,08	6,28	5,25	6,45	5,45	6,64	5,65	6,88	5,88	7,08
verh. m. 2 Kind.	5,47	6,80	5,67	7,00	5,87	7,20	6,07	7,40	6,27	7,60
verh. m. 3 Kind.	5,85	7,31	6,05	7,51	6,25	7,71	6,45	7,91	6,65	8,11

2. Die Akkordüberarbeit wurde von 10 auf 20 Proz. erhöht.

Die Protokollnotizen sind gefallen.

Klasse IV.

Familienstand	Bisherig		Neu		Bisherig		Neu	
	bis-heriger	Reu-regelung	bis-heriger	Reu-regelung	bis-heriger	Reu-regelung	bis-heriger	Reu-regelung
ledig	4,90	5,89	5,45	6,44	5,65	6,56	6,55	7,54
verh. ohne Kind	5,09	6,35	5,64	7,01	5,84	7,02	6,74	7,07
verh. mit 1 Kind	5,48	6,80	6,03	7,52	6,23	7,53	7,18	7,58
verh. m. 2 Kind.	5,87	7,39	6,42	8,04	6,62	8,05	7,52	8,10
verh. m. 3 Kind.	6,25	7,89	6,80	8,53	7,01	8,56	7,90	8,61

Vergleich der bisherigen Tariflöhne männlicher Arbeiter über 21 Jahre mit den Sätzen des Schiedspruches.

Verdiensttäge in Mark.
1 bis 6 Tage nach Einstellung.

Familienstand	V.		IV.		III.		II.		I.	
	bis-heriger	neu								
ledig	4,60	5,25	4,70	5,40	4,90	5,65	5,10	5,80	5,30	6,05
verh. ohne Kind	4,80	5,77	4,89	5,97	5,09	6,17	5,29	6,57	5,49	6,57
verh. mit 1 Kind	5,08	6,28	5,25	6,45	5,45	6,64	5,65	6,88	5,88	7,08
verh. m. 2 Kind.	5,47	6,80	5,67	7,00	5,87	7,20	6,07	7,40	6,27	7,60
verh. m. 3 Kind.	5,85	7,31	6,05	7,51	6,25	7,71	6,45	7,91	6,65	8,11

2. Mit den drei Tarifauslägen von je 10 Pf.

Familienstand	V.		IV.		III.		II.		I.	
	bis-heriger	neu								
ledig	4,90	5,65	5,00	5,75	5,20	5,95	5,40	6,15	5,60	6,35
verh. ohne Kind	4,99	6,07	5,19	6,27	5,39	6,47	5,59	6,67	5,79	6,87
verh. mit 1 Kind	5,38	6,58	5,58	6,78	5,78	6,98	5,98	7,18	6,18	7,38
verh. m. 2 Kind.	5,77	7,10	5,97	7,30	6,17	7,50	6,37	7,70	6,57	7,90
verh. m. 3 Kind.	6,15	7,61	6,35	7,81	6,55	8,01	6,75	8,21	6,95	8,41

2. Die Akkordüberarbeit wurde von 10 auf 20 Proz. erhöht.

Die Protokollnotizen sind gefallen.

Weil bei dem derzeitigen Stand der Bewegung auf dem Wege der Verhandlung ein günstigeres Ergebnis nicht zu erzielen ist und wir einen Weg finden müssen, um eine neue Grundlage zu schaffen, empfehlen wir die Annahme des Spruches. Die Funktionärerversammlung des DMV. hat mit größter Mehrheit beschlossen, eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen. Es kann infolgedessen nur nach dem Statut abgestimmt werden, und zwar, wer für Annahme des Schiedspruches ist, schreibt auf den Stimmzettel: „Annahme“, wer für Ablehnung desselben ist, der schreibt auf den Stimmzettel: „Streik“. Jede andere Bezeichnung eines Stimmzettels ist ungültig. Die Ablehnung des Schiedspruches mit der statutarischen Mehrheit bedeutet den Streik für die Kolleginnen und Kollegen der Metallindustrie. Deshalb empfehlen wir noch einmal, klar und nüchtern zu erwägen, und ausgehend von diesen Gesichtspunkten empfehlen wir unseren Kolleginnen und Kollegen die Annahme des Schiedspruches.

Die Urabstimmung findet am Freitag, den 2. September, in allen Betrieben, die dem BBRM. angehören, statt. Die Abstimmung ist so vorzunehmen, daß an der Urabstimmung die organisierten Kolleginnen und Kollegen der dem Metallkartell angeschlossenen Organisationen teilnehmen, und hat in jedem Betriebe der Betriebsrat für jede Abteilung eine Kollegin oder einen Kollegen zu bestimmen, welche die Stimmzettel ausgeben und einsammeln. Die Ausgabe der Stimmzettel erfolgt nur unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Das Stimmenergebnis wird im Beisein des Betriebsrats festgestellt und muß spätestens bis Sonnabend früh 9 Uhr im Verbandsbureau, Linienstraße 83/85, Zimmer 10, abgeliefert sein. Die abgegebenen Stimmen müssen gesondert für jeden Betrieb in je einem geschlossenen Kuvert getrennt nach „Annahme“ oder „Streik“ abgeliefert werden. Auf dem Kuvert, das verschlossen sein muß, muß das Stimmenergebnis und der Betrieb vermerkt sein. Nach Vereinbarung mit dem BBRM. kann die Abstimmung innerhalb der Betriebe während der Arbeitszeit vorgenommen werden. Die Kurzarbeiter und Ausfelder haben sich im Laufe des Freitags zwecks Abstimmung nach ihren Betrieben zu begeben. Das Bureau des DMV., Zimmer 10, ist geöffnet am Freitag bis 9 Uhr abends und Sonnabend, den 3. September, von 7 Uhr früh an. Dort wird lediglich das Abstimmungsergebnis entgegengenommen.

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß unsere Kolleginnen und Kollegen das Abstimmungsergebnis pünktlich abliefern möchten, weil die Frist, die in dem Schiedspruch gesetzt wurde für Ablehnung oder Annahme, am 3. September, nachmittags 5 Uhr, abläuft. Also bis 5 Uhr müssen wir dem Reichsarbeitsministerium Mitteilung gemacht haben über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches.

Das Metallkartell:

- Deutscher Metallarbeiter-Verband. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verband der Maler. Transportarbeiter-Verband. Verband der Fabrikarbeiter. Verband der Gärtner. Verband der Kupferschmiede. Verband der Maschinisten und Heizer. Verband der Tapezierer. Verband der Glasarbeiter. Verband der Lithographen und Steindrucker. Verband der Buchdrucker. Verband der Buchbinder. Gewerksverein der Metallarbeiter. Verband der Buch- und Steindruckerei-Gilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zaristen in Berlin.

Berlin hat seit längerer Zeit die Ehre, von russischen Monarchisten zum Zentralpunkt ihrer Aktionsvorbereitungen erhoben zu sein. Von hier aus gehen die Fäden nach Prag und Belgrad und mit den deutschen Monarchisten bestehen nach der Unterbrechung durch den Krieg wieder jene traditionellen Bande herzlicher Bundesgenossenschaft gegen Demokratie und Sozialismus, die im kaiserlichen Deutschland ihre herrliche Krönung mit der Auslieferung politischer Flüchtlinge an die Schergen des Zaren erreicht haben.

Es wird behauptet, daß in diesen russischen Kreisen auch terroristische Pläne gegen russische Demokraten und Sozialisten geschmiedet werden. Ungleich polnischen Deserteuren und geflüchteten Ostjuden wird die russische Junkerschaft natürlich nicht etwa durch Internierung belästigt, sondern führt durch ihre großen Geldbestände ein recht angenehmes Leben.

Die offizielle Zentrale ist die Vertretung der — Koltshak-Regierung. In den Zelten; obwohl das Koltshak-Unternehmen mit der katastrophalen Niederlage und der Hinrichtung Koltshaks geendet hat, erfreut sich diese Vertretung einer nicht bestehenden „Regierung“ noch gewisser Anerkennung im Koswärtigen Amt des Deutschen Reiches, das mit der Moskauer Sowjetregierung einen Wirtschafts- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat. Es wird behauptet, daß von Russen, die im Koswärtigen Amt vor sprechen, Papiere verlangt werden, die von dieser „Koltshak“-Vertretung ausgestellt sind.

Vielleicht kümmert sich die Reichsregierung mal auch um diese Zustände und erledigt sie gleich in einem Aufwaschen! Wir sehen hinzu, daß wir von den abgedienten Herren des Koswärtigen Amtes Abhilfe nicht erwarten.

Oder wünscht man auch noch Differenzen mit der Sowjetregierung, die z. B. jetzt in Wien gegen russisch-monarchistische Treiberelien protestiert hat und mit der Polen und Rumänien in einem fleißigen Notenkrieg wegen Duldung feindlicher Agitation stehen? Wir für unseren Teil wünschen nicht, daß die deutsche Republik in den Anschein irgendeiner antijowjet-russischen Gemeinschaft mit welchen Nachbarn Sowjetrußlands oder eines freien Rußlands immer komme.

Prüfungsausschuss für Oberschlesien.

Der Völkerbundrat hat die Vertreter Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens als diejenigen Mächte, die nicht schon an dieser Angelegenheit mitgewirkt haben, mit der Prüfung der oberschlesischen Frage betraut. Deutsche und polnische Oberschlesier können zur Erteilung von mündlichen Auskünften über Ortsverhältnisse berufen werden.

Heraus mit dem Burgenland!

Wien, 1. September. (U.) Die Völkervereinigung hat Ungarn aufgefordert, Westungarn sofort vollständig an Oesterreich herauszugeben (Ungarn hat nämlich Odenburg als zweite Zone und Pfand für Oesterreichs Verpflichtungen „erklärt“), sie macht Ungarn für alle Folgen verantwortlich. Oesterreich wurde aufgefordert, erneut seine Bereitwilligkeit zu erklären, nach vollzogener Uebergabe Westungarns mit Ungarn die finanziellen und anderen Fragen, die aus der Uebergabe resultieren, zu regeln. Der Auswärtige Ausschuss des Nationalrates hat es heute gebilligt, daß die Regierung bisher nur diplomatische Mittel angewendet hat. Die Regierung soll jedoch die Militärs ersuchen, Oesterreich zu gestatten, auch militärische Machtmittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Burgenlande anzuwenden. Im übrigen erklärt sich der Ausschuss damit einverstanden, daß die Regierung nach der restlosen Uebergabe des Burgenlandes mit Ungarn Verhandlungen über die finanziellen und Grenzfragen beginne.

Budapest, 1. September. (U.) Die Polizei entdeckte eine „kommunistische Verschwörung“ und verhaftete 45 Personen.

Straßenkämpfe in Kalkutta!

Paris, 1. September. (U.) „Petit Journal“ meldet aus Kalkutta: Hier sind Straßenkämpfe zwischen ausländischen Eingeborenen und britischen Truppen im Gange. Innerhalb der Stadt wurden Barrikaden errichtet. Indische Geiseln wurden öffentlich vor den Volksmassen als Europäer. Alle britischen öffentlichen Gebäude stehen unter militärischer Bewachung. Der „Matin“ meldet aus London: Die Regierung greift über die letzten Drahtmeldungen aus Indien in vollkommener Bestürzung. Der Diktator von Indien hat über Kalkutta und Bombay den verheerendsten Ausnahmezustand verhängt. In 7 Provinzen haben die Eingeborenen den heiligen Krieg gegen Europa verkündet.

London, 1. September. (U.) Aus Kalkutta wird folgender amtliche Bericht verbreitet: Eine fliegende Kolonne kam aus der Rückseite von Malapuram mit den Aufständischen am 26. August bei Bullatur ins Gefecht. Die Malahs büßten dabei 400 Tote ein. Auf britischer Seite wurden 2 Soldaten getötet und 8 verwundet, darunter 1 Offizier. An der Malabarküste treffen fortgesetzt aus allen Teilen Indiens Verstärkungen ein, darunter auch zahlreiche Kavallerie. Die Malahs sitzen in die Berge. Nach den letzten Telegrammen aus Indien hat die Ankunft der sehr erheblichen Verstärkungen zwar eine gewisse Beruhigung und Entspannung in der Lage an der Malabarküste herbeigeführt, doch wird die Situation immer noch für sehr ernst erachtet. Der beste Beweis dafür ist darin zu erblicken, daß die indische Regierung

über das ganze Malabargebiet den Kriegszustand verhängt hat. Nach einer Meldung aus Chocapur bestätigt es sich, daß die Erhebung der Malahs die Folge einer geheimen nationalistischen Verschwörung ist, die darauf abzielte, die britische Regierung in Indien lahmzulegen. Eine sehr verdächtige Rolle hat auch die Hindu-Polizei gespielt, auf deren Verrat zum großen Teil die zeitweiligen Erfolge der Aufständischen zurückzuführen werden.

Einigung in Bromberg. Zum Stadtpräsidenten von Bromberg wurde von den deutschen und polnischen Stadtverordneten in einer vertraulichen Sitzung einstimmig Stadtrat Lukowski gewählt.

Die Sanfelnregierung ist zu neuen Verhandlungen mit Blod George bereit; das irische Volk fordert friedliche Lösung.

Der Wellkongreß der Zionisten hat bei gewaltiger Beteiligung in Karlsbad begonnen. Die Errichtung des Judenstaates in Palästina ist bekanntlich durch die Balfoursche Deklaration noch im Kriege feierlich versprochen worden.

Das Fernsprechpersonal gegen das „Deutsche Tageblatt“. Das „Deutsche Tageblatt“ hat in seiner Nummer 101 vom 30. August in einem Artikel „Vorläuf in Fernsprecher“ eine vom „Vorwärts“ in der Nummer 404 vom 27. August mittelste angebliche telefonische Unterhaltung des Generalmajors B. hier selbst mit einem Bekannten über die Ermordung des Abgeordneten Erzberger wieder gegeben, die der Gewährsmann des „Vorwärts“, der den Bekannten des Generals gleichzeitig telefonisch angerufen hatte, infolge einer Doppelverbindung mit angeht hat. Das „Deutsche Tageblatt“ behauptet demgegenüber, daß der „Vorwärts“ von dieser Unterhaltung nicht auf dem von ihm angegebenen Wege, sondern natürlich nur durch Verleumdung des Dienstgeheimnisses durch einen Angehörigen des Fernsprechanstalt erfahren habe. Diese Unterstellung wird als Verleumdung des Fernsprechpersonals vom Reichspostministerium zurückgewiesen.

Die Pflicht der Beamtenschaft.

Zweimal innerhalb kurzer Zeit ist die Beamtenschaft gezwungen worden, Stellung zu wichtigen politischen Ereignissen zu nehmen. Das erstemal war es im November 1918, wo sie sich nach der militärischen Niederlage und dem Zusammenbruch des alten Systems restlos den sozialdemokratischen Volksbeauftragten zur Verfügung stellte; das zweitemal war es in den Kapp-Tagen, wo sie — abgesehen von einer kleinen Zahl rechtsbolschewistischer höherer Beamten — Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft für den Schutz der verfassungsmäßigen Regierung eintrat. Nun ist ein drittes politisches Ereignis von so großer Tragweite eingetreten, daß es nicht vorübergehen kann, ohne daß die Beamtenschaft sich dazu äußert. Eine solche Äußerung ist auch bereits erfolgt, und zwar durch den Deutschen Beamtenbund als die Vertretung der gesamten Beamten des Deutschen Reiches. Diese Äußerung entspricht dem Verhalten des Deutschen Beamtenbundes während der Kapp-Tagen. Treue der verfassungsmäßigen Regierung unter allen Umständen ist ihr Inhalt.

Aber bei dieser Kundgebung der Gesamtovertretung darf es diesmal nicht bleiben, sondern jeder einzelne hat die Pflicht, innerlich zur Klarheit zu kommen. Die bis jetzt den Rechtsparteien zugehörigen Beamten werden sich die Frage vorlegen müssen, ob sich ihre Interessen mit denen monarchistischer Schreihälse — steuerscheuer Großagrarien, kapitalgieriger Großindustrieller und arbeitscheuer Kriegsgewinnler — verknüpfen oder mit denjenigen der Arbeitnehmerklasse und des einsichtsvollen Bürgertums, das zu den Opfern bereit ist, die die Republik zum Wohle der Volksgemeinschaft von ihnen fordert.

Allerdings, Hochschullehrer der Medizin, die Totengräber zu Ehrendoktoren machen, Geschichtsprofessoren, die Wilhelm den Entflohenen zum Helden stempeln, Richter, die den Mord an einem Vertreter der Republik auf ideale Gesinnung zurückführen, Staatsanwälte, die nationalitistische Strafgefangene in die Sommerfrische senden, Regierungsbeamte, die noch immer der verlorenen Hoffbarkeit nachtrauern, werden sich derartige unbequeme Fragen nicht vorlegen. Diese Männer sind entweder Nutznießer des alten Systems gewesen oder waren durch Bande der Verwandtschaft oder Freundschaft mit der Klasse der Bevorrechtigten verbunden. Diese Leute werden ihre Mitgliedschaft daher stets dort suchen, wo man für Wiederherstellung des alten Obrigkeitsstaates — für Monarchie und für Schutz des Geldbeutels — bemüht ist, und erst mit der Pensionierung wird ihr gefährliches Spiel beendet sein.

Aber die ändern, die sich noch bei den letzten Wahlen für Wiedereinführung der Monarchie ausgesprochen, weil sie glaubten so dem Volksganzen und sich selbst am besten zu dienen, die bisher einseitig und falsch unterrichtet, waren und daher nicht wußten, daß die Monarchie weiter nichts war als Sachwalter der Junkerkaste, werden durch die neueste Tat monarchistischer Mördergehirns zum Nachdenken angeregt werden. Und viele von ihnen werden zu der Erkenntnis gelangen, daß das Wohl der Volksgemeinschaft ebenso wie die Interessen des einzelnen in seiner Eigenschaft als Mensch, Staatsbürger und Beamter am besten durch die demokratisch-republikanische Staatsform gewahrt werden. So werden sich zu der großen Schaar der treuen Republikaner Tausende von pflichtbewußten Beamten neu zugesellen, um darüber zu wachen, daß diejenigen, die so oft von der erdolchten Front sprechen, keinen Dolchstoß führen gegen die Heimat, die deutsche Republik.

Achtung, Schmutzfüßel!

Politisch nicht ganz unbekannte Kreise lassen zurzeit in einer Berliner Druckerei in großer Auflage zwei Flugblätter drucken, die in den nächsten Tagen verbreitet werden sollen. Was man beabsichtigt, das geht schon aus der Ueberschrift der beiden Schmutzfüßel hervor. Das eine richtet sich gegen den Reichsfinanzminister Wirth und die Wiedergutmachung, das andere beschäftigt sich mit „Hoffmann, Holz u. Co.“. Beide Flugblätter verzichten darauf, die Verfasser zu nennen, beide strotzen in gleicher Weise von Verdrehungen, Schmähungen und Unwahrheiten.

Also Achtung, Arbeiter und Arbeiterinnen. Wenn ein Flugblatt unter der Ueberschrift „Volksbeirung“ Euch zugesteckt wird, dann fragt die Verbreiter, wer das Flugblatt verbreiten läßt und wer es bezahlt hat.

Parteitag der Hakenkreuzler.

In der Eröffnungssitzung des Deutschnationalen Parteitages in München hat mit seinem schönsten Pathos der Parteivorsitzende Hergt jede Mitschuld an dem Morde Erzbergers weit von seiner Partei fortgewiesen. Aber er hat sich vertaten; die Deutschnationale Volkspartei ist, so meinte er, an der Ermordung Erzbergers genau so unbeteiligt wie an dem Kapp-Putsch. Lügner müssen ein gutes Gedächtnis haben. Herr Hergt möge das seine schärfen lassen: Am 13. März 1920 suchte der sozialdemokratische Abgeordnete Hellmann Herrn Hergt auf und fragte ihn, ob die Deutschnationale Volkspartei im Interesse der deutschen Zukunft und Wiederaufrichtung öffentlich scharfe Stellung gegen Kapp nehmen wolle; Herr Hergt lehnte unbedingt ab und versicherte, daß nach seiner Ueberzeugung die Arbeiterschaft kampfunfähig und die Herrschaft der Kapp und Lüttich gesichert sei. Erst nach der Niederwerfung der Kappisten durch das gesamte werktätige Volk waren die Deutschnationalen die Unschuldengel, die von dem Kapp-Putsch völlig überrascht, ihn von vornherein für ein Wahnsinnsunternehmen gehalten und mit ihm nicht das Geringste gemein gehabt hätten!

München, 1. September. (U.) Der große Saal des Löwenbräu ist nicht befüllt. Anwesend sind 1200 stimmberähigte Delegierte, 1200 anwesende Gäste, zahlreich nicht anwesende Teilnehmer, auch viele weibliche. Das Rednerpodium ist mit schwarzweißen und blauweißen Bannern geschmückt. Hergt hat zur Eröffnung, es komme jetzt auf jeden deutschen Mann und jede deutsche Frau an, wo

die Kriegsparole des deutschen Proletariats ertönt sei. Und genau so wie beim Kapp-Putsch wolle man eine Schandtat den Deutschnationalen an die Kackschiffe hängen. Man habe uns sogar eine Mörderzentrale genannt (Phuuse), aber wir dürfen uns nicht provozieren und zu Handlungen fortsetzen lassen, die unser Schicksal bedrohen. Das Vaterland muß größer werden, deutsch sein ist alles. (Lebhafte Beifall.)

Hilpert-Bayern bezeichnet die Ansicht, daß in Bayern der weiße Terror herrsche, als eine Legende. Oberst Englander redet in voller Uniform (Verbot gilt nicht! Red.) vom Geiste Bismarcks. Nach weiteren Begrüßungsansprachen folgt

Hergts Situationsbericht!

Das Sirenenlied von der Engstgeduld des deutschen Volkes gegenüber dem entenkünftlichen System will nicht mehr bestehen. Das Volk hat die Schatzkammer übermunden und die Lösung unseres Partei-tages ist: „Heraus aus diesem Bahn“. Wir verlangen Revision des Verfallers Friedens und ungeleitete Ueberweisung ganz Oberschlesiens an Deutschland. Die Regierung, die einer Letztuna Oberschlesiens zustimmen würde, müßte die volle Verantwortung dafür tragen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede sagte Hergt der Regierung (schärfsten Kampf an. Genau mit den Helfern. Eine würdige Kundgebung des ganzen Volkes und vor allem des Reichstages wegen Oberschlesien muß kommen. Vor der Gefahr eines künftigen Krieges sollten sich unsere Gegner jedenfalls hüten. (Bravo!) Auch bei den Sentenzen ist die Regierung nicht energisch genug gewesen. Ein Verhandeln wegen ihrer Belchaltung kann es nicht geben. Gewonnen haben wir also durch die Unterscheidung nichts, verloren haben wir die Ehre. Es muß zur Revision führen, wenn deutschvölkische Kreise sehen, was hinter dieser Demokratie steht. (Bravo!) Der Reichspräsident ist noch immer im Amt, obwohl er immer darauf hingewiesen hat, daß er nicht der legale Präsident ist. Seine Tätigkeit hinter den Kulissen ist nicht zu unterschätzen. Deshalb werden wir aufs neue die Frage auf, ob er verfassungsgemäß der Präsident ist. Wir leben in

Weimar nur eine Episode.

die uns von unserem letzten Ziele, der Wiedereinführung der Monarchie, trennt. (Stürmischer minutenlanges Beifall.) Nur unsere Gegner sind intolerant. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, in der ausdrücklich steht, daß sie abgeändert werden kann. (Erneuter Beifall.) Davon werden wir zu geeigneter Zeit Gebrauch machen. Wir verlangen die Revision von Versailles und lehnen jede Erfüllung ab. Eine neue Einigungsgrundlage würden wir mit beraten und selbst zu Opfern für den nun einmal verlorenen Krieg bereit sein. Wir wollen diese aber freiwillig geben und nicht unter Zwang. Das Verständnis dafür wird auch bei den Gegnern klar werden. — Innerpolitisch müssen wir in die allerhöchste Opposition treten und selbst den Ministerkult nicht scheuen. Wenn die Sozialdemokratie dann wieder einmal nicht mitmachen will, werden wir die Hände nicht zur Hilfe bieten. Selbstverständlich werden wir unsere Opposition in gesetzlichen Bahnen halten.

Stegerwald ist ein deutscher Mann.

Wir erkennen keine jüdische Arbeit an. Steiber hat er sich neuerdings wieder auf eine Politik der Mitte eingelassen. Aber er hat das Verdienst, Preußen wieder seine Stellung im Reiche verschafft zu haben. Wir wollen adwarten, ob er sich in den neuen Kämpfen wird behaupten können. Unsere Bestrebungen nach einer arohen Rechten müssen das Letztmalig unserer Beratungen sein. Unser Programm unterscheidet sich nur wenig von dem der Volkspartei. Aber auch das Zentrum bedarf unseres Interesses. Es befindet sich zurzeit in einer inneren schweren Krise. Die Sozialdemokratie schaltet für uns aus. Da gibt es keine Brücke. Was Herr v. Campe noch von der Sozialdemokratie erhofft, daran glauben wir nicht mehr. Das wäre eine innere Unwahrheit, zumal wenn man an die Heize nach dem tolle Eraberger denkt. In dieser Wahlkampf-tragen wir keine Schuld. Das hat unsere erste Auslosung bereits klargestellt. Es fragt sich nur, wer die Schuld an der ganzen Verrottung der Sitten trägt. Wir verlangen Rechenschaft von der Regierung, wie sie dazu kommt.

Unter Bruch der Verfassung den Ausnahmezustand

gegen die Rechte zu erlassen, ohne die Bänder verfassungsgemäß zu befragen. Wir werden mit allen Mitteln gegen diese Ausnahmebestimmungen Stellung nehmen und uns die Maßnahmen unter keinen Umständen gefallen lassen. Unsere Reichstagsfraktion wird nach Schluß der Ferien sofort bei der Regierung Protest einlegen. (Bravo!)

Hergt teilt mit, daß das Zentrumsmittglied Dr. Martin Spahn der Deutschnationalen Partei beigetreten ist. (Beifall.)

Dr. Hilpert sagt in dem Bericht über die Tätigkeit der Partei in Bayern, es sei eine Lüge, zu lauen, das bayerische Volk habe die Revolution gemollt; fremde Elemente hätten sie gemacht und aus der Einheitsfront gegen diese sei die Partei entsprossen. — Eine Rätezeit dürfe nicht wiederkommen, deshalb habe auch

Die bayerische Regierung Protest gegen das Ausnahmegesetz

erhoben und handhabt selbst eins gegen links! (Red.) Als in den Tagen des Kapp-Putsches die „Umkleidung“ der Regierung erfolgte, konnte unsere Partei nicht überlassen werden. So ist die bürokratische Regierung in Bayern aufstehen gekommen. Der Legende, als ob Herr von Rohr nur das Instrument der Deutschnationalen sei, müsse er widersprechen. Redner schilderte sodann die parlamentarische Tätigkeit in Bayern, die schwebbar gewesen sei als die Redeschmiede im Reiche, die nur hemmend wirkte und als einziges Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Not die Steuererhöhung als beherrschend. Nicht Skandalisieren könne zur Freiheit führen, nur Recht und Billigkeit zur Macht. Dieser Idee entspreche auch die Schöpfung der bayerischen Einwohnerwehren und der Organisation Eberich (Bravo!)

Die geistige Drangsal wird bestehen.

solange noch der Glaube an Deutschlands Zukunft besteht. Wir rufen zwar laut: „Los von Berlin!“, damit meinen wir aber das Berlin Scheidemanns, der Schieberzentrale (Stürmischer Beifall), die Talmipreken, nicht den alten Breuhergeist eines Großen Kurfürsten und Bismarcks. (Beifall.) Nur Bismarcks Wert kann uns genügen, nicht Weimar, das kann aber nur der Fall sein, wenn die alten Bundesstaaten ungeschwächt weiter bestehen, dann wird auch die alte Kaiserkrone wieder erstrahlen! (Stürmischer Jubel! Die Menge stimmt das Deutschlandlied an.)

Dr. Martin Spahn (lebhafte Beifall): Der Großen in Bildung befristeten Rechten werden auch die katholischen Elemente zu strömen. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, das Reich zum Auf-rufen und zur Selbstbestimmung zu bringen, so müssen wir die Hoff-nung aufgeben.

Beginnen wir den Befreiungskrieg

gegen alles, was undeutlich ist. Wir fürchten, daß auch Steger-wald nicht dem Drängen nach links sich widersehen können, aber wir glauben, daß sich sein Wien einst mit dem unheimen treffen wird. Fallen müssen auch die Grenzen, die uns noch von unseren proletarischen Brüdern trennen. Was der deutschnationale Gebante die Reingefesse des neuen deutschen Wirkens sein. (Stürmischer Beifall.)

Es folgt die Debatte.

Graf Walraf begrüßt auch die folgenden Redner den neuen hakenkreuzler Martin Spahn. Eine Resolution auf restlose Klärung der Schuldfrage wird einstimmig angenommen.

Herr Franz Bedrens: Materialismus und Materialismus muß durch lebendigen deutschen und christlichen Geist ersetzt werden. Von einer Regierung, die sich mit Sozialisten und Juden verbindet, ist das nicht zu erwarten. Die Aufgabe fällt so mit uns zu.

Herr Dr. Hefflerich: Die Regierung in Berlin ist dabei, Wind zu lenken, wir werden für den Sturm sorgen. Kein Sturm der Revolution, nein, ein beschleunigter Frühlingsturm, der das Eis sprengt. Fort mit dem Klassenhaß!

Wir kämpfen nur gegen die Sozialdemokratie.

nicht gegen den deutschen Arbeiter. Auch die Konfession darf keine Grenze mehr bilden.

Prof. Fischer-Breslau protestiert gegen die Auslosungen der „Germania“ über die deutschnationale Arbeiterzentrale. Das sei eine Beschuldigung für alle deutschnationalen gesinnten Katholiken. (Beifall.)

Herr Graf Westarp wünscht ebenfalls die Klärung der Grenzen zwischen Bürger und Arbeiter, zwischen den Konfessionen und Ständen. (Beifall.)

Morgen geht's weiter.

Gewerkschaftsbewegung

Noch keine Einigung im Berliner Gemeindebetrieb.

Bekanntlich haben die Vertreter des Lohnkartells der städtischen Arbeitnehmer die Zugeständnisse des Magistratsausschusses am Dienstag als unbefriedigend einstimmig abgelehnt. Am Mittwoch befachte sich der Magistrat mit der Angelegenheit, ohne jedoch zu weitergehenden Zugeständnissen zu kommen, da bereits die gemachten Angebote eine wesentliche Preiserhöhung der Lieferung des Gemeindebetriebes an Gas, Elektrizität, Wasser und Straßenbahn mit sich brächten.

Demgemäß erklärten die Magistratsvertreter in der gestrigen Verhandlung mit dem Lohnkartell, daß sie über die 80 Pf. Stundenzulage nicht hinausgehen könnten. Dagegen sah der Magistrat davon ab, den Abbau der Zuschläge für Nacht- und Sonntagsbetrieb schon jetzt vorzunehmen. Jedoch sollen diese Zuschläge nur auf die bisherigen und nicht auch auf die neuen Löhne gezahlt werden.

Die Vertreter des Lohnkartells erklärten, daß sie ihren Mitgliedschaften dieses Ergebnis nicht zur Annahme empfehlen können. Die Arbeitnehmervertreter beschloßen vielmehr denselben vorzuschlagen, den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Die heute abend in der Bodbrauerei, Fildinstr. 2, stattfindende Funktionärskonferenz wird zu diesem Beschluß endgültig Stellung nehmen.

Die Teuerungszulagen für Jugendliche und Lehrlinge

Nach achtstündiger Verhandlung im Reichsfinanzministerium wurde am Donnerstag zwischen den Regierungsvertretern und den beteiligten Gewerkschaften folgendes Resultat erzielt. Es erhalten Teuerungszulagen:

- Jugendliche Arbeiter vom 18. bis zum vollendeten 21. Jahre 80 Pf. pro Stunde, von 16 bis 18 Jahren 50 Pf. und von 14 bis 16 Jahren 30 Pf.
- Weibliche Beschäftigte über 21 Jahre 75 Pf., von 18 bis 21 Jahren 55 Pf., von 16 bis 18 Jahren 35 Pf. und von 14 bis 16 Jahren 20 Pf. pro Stunde.
- Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahre 20 Pf., im dritten Lehrjahre 30 Pf. und im vierten Lehrjahre 40 Pf. pro Stunde.

Beide Verhandlungsparteien erklärten sich bereit, das Ergebnis wenn auch schweren Herzens und ohne Befriedigung vor ihren Auftraggebern zu vertreten. Mit dieser weiteren Vereinbarung dürfte nunmehr die große Bewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reiches als beendet zu betrachten sein.

Wir werden darauf noch zurückkommen.

Zum Streik im Nahrungsmittel-Großhandel.

Die Unternehmer machen die größten Anstrengungen, um durch Bindung von Arbeitswilligen ihre Betriebe wieder in Gang zu bringen. Aus den Reihen der Streikenden erlingt ihnen dies nicht, da die Streikenden treu zur Fahne halten und jeden Arbeitswilligen dienstlich ablehnen. Durch Inzerate in den bürgerlichen Zeitungen haben sich zwar einige Arbeitswillige gemeldet, nachdem sie aber erfahren haben, daß ihnen Streikdruck ausgemutet wird, die Annahme der Arbeit abgelehnt. Einige Arbeitswillige, die es dennoch unternommen haben, mit dem Fuhrwerk befreiter Firmen auf die Straße zu fahren, haben diese würdelose Tätigkeit bald wieder eingestellt, nachdem ihnen die Ausbilder aus anderen Fuhrbetrieben klar gemacht hatten, daß sie Verrat an ihren kämpfenden Kollegen begehen. Die Unternehmer versuchen die Streikenden dadurch einzuschüchtern, daß sie den Streikenden ihre Papiere zuziehen mit der Drohung, wer bis heute die Arbeit nicht aufnehme, sei entlassen. Alle diese Maßnahmen der Unternehmer haben ihre Wirkung auf die Streikenden bisher verfehlt. Die Stimmung der Streikenden ist nach wie vor unerschütterlich. Leider sind wieder einige Fälle zu verzeichnen, wo Polizeibeamte auf den Wagen der bestreikten Firmen Platz nahmen. Im übrigen haben sich die Beamten der Schutzpolizei vollkommen neutral verhalten. Die Streikenden erluden die Kollegen aus den Fuhrbetrieben um ihre strengste Solidarität.

Zur Lohnbewegung der Hochbahner.

Am 19. August reichten die Bediensteten, Handwerker und Arbeiter der Direktion ihre Lohnforderungen ein mit dem Ersuchen, baldmöglichst zu verhandeln.

In der Zwischenzeit haben Staatsbehörden, Kommunen und zahlreiche Privatunternehmer verhandelt, nur die Hochbahndirektion hat es bis heute noch nicht für notwendig gehalten die Angelegenheit zu erledigen. Es war den Organisationen und dem Betriebsrat bekannt geworden, daß der zustehende Direktor, Vaurat Vabel, vor kurzem noch verweist sei.

In einer Betriebsversammlung verlangten die Versammelten, daß die Direktion bis zum 1. September verhandeln muß. In der darauf folgenden Ansprache mit der Direktion tat diese ganz erstaunt. Sie war der Ansicht, die Verhandlung läme immer noch zurecht. Vaurat Vabel läme erst am 7. September zurück.

Am 31. August versammelten sich die Hochbahner nach der Demonstration in Haberlands Festhalle und nahmen erneut zu dieser Angelegenheit Stellung. Die Versammelten verstanden das Vorgehen der Direktion nicht, verlangten vielmehr in einer Resolution, daß bis zum 1. September, mittags 12 Uhr, die Direktion erklären soll, ob sie bereit sei, sofort zu verhandeln. Erfolgt keine zuzukommende Auskunft, so sieht sich das Personal gezwungen, am 2. September früh den Betrieb ruhen zu lassen.

Dies zur Kenntnisnahme der Bevölkerung, falls heute der Hochbahnbetrieb ruhen sollte. Wir hoffen, daß die Direktion im letzten Augenblick die Situation erkennt und den Wünschen der Angestellten Rechnung tragen wird.

Lohnbewegung der Teltower Kreisarbeiter.

In einer vom Gesamtbetriebsrat der Teltower Kreisbetriebe am 29. August in der Fichte-Realschule, Schöneberg, einberufenen Vollversammlung der Arbeiter und Angestellten referierte Roschowski vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter über die gegenwärtige Wirtschaftskrise und über die aus ihr sich ergebenden Folgen für die Arbeiter und Angestellten.

Die nach Abschluß des letzten Vertrages geäußerte Hoffnung auf eine Stabilisierung der Wirtschaftsweise hat sich als trügerisch erwiesen. Die Lebensweise der Arbeitnehmer hat sich besonders in der letzten Zeit außerordentlich verschlechtert, als Folge der steten Teuerung auf allen Gebieten. Daraus resultiert für die Arbeitenden die Notwendigkeit erneuter Lohnforderungen. Die generelle Forderung auf die „Protzulage“ ist im Interesse der Arbeitenden besonders zu begrüßen; sie wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Wenn die Gemeinde- und Kreisarbeiter und Angestellten ihre Forderung nicht in derselben Höhe wie die Kollegen in der Privatindustrie gestellt haben, so ist das unter Würdigung der sozialen Leistungen der Kommunen und Kreise gesehen.

Einem Beschluß der Funktionäre, auch diesmal die gleichen Forderungen der Kreisverwaltung zu unterbreiten, wie sie die städtischen Arbeiter Berlins gestellt haben, wurde von der Versammlung einstimmig zugestimmt.

Hoffentlich wird die Kreisverwaltung von Teltow den Forderungen der Arbeiter und Angestellten gegenüber dasselbe Interesse bekunden, wie den Forderungen der Beamten, indem sie den Bezieherinnen einen einmaligen Betrag von 3000 M., den Ledigen einen solchen von 2200 M. gewährt. Unter Berücksichtigung dieser Tatlache ist von der Versammlung beschlossen worden, daß den verheirateten Arbeitern und Anestellten ein Betrag von 2000 M., den ledigen ein solcher von 1000 M. gewährt werden soll. Die stark besuchte Versammlung befandete zum Schluß den einstimmigen Willen, die ausgestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen.

Wie nachträglich bekannt wird, hat der Kreisrat in einer Sitzung am nächsten Tage die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkannt und dem Antrage auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 2000 bzw. 1000 M. in der Weise entsprochen, daß diese als Vorschuß auf die demnächst stattfindende Lohnhöhung betrachtet werden soll. Im übrigen beabsichtigt der Kreisrat, sich die Berliner Lohnregelung zu eigen zu machen, jedoch mit der Einschränkung, daß für die im Reichsbild Berlins befindlichen Kreisbetriebe der volle Lohn gewährt werden soll, dagegen soll in allen auf dem Teltower Kreisgebiet gelegenen Betrieben der Lohn nach Ortsklassen, ähnlich wie es die Befehlsordnung für Beamte vorseht, abgestuft werden.

Vom Streik der Holzarbeiter.

Die Funktionäre der streikenden Holzarbeiter hörten in einer stark besuchten Versammlung am Donnerstag den Situationsbericht des Bevollmächtigten Böse. Die Gesamtzahl der Betriebe, die seit dem Beginn des Streiks bis zum 31. August als bestreikt gemeldet wurden, betrug einschließlich der inzwischen durch Bewilligung eingetretenen Abgänge 707 mit 9847 Ausständigen. Zurzeit befinden sich noch im Streik 9382 Personen aus 616 Betrieben. Die große Masse der Streikenden gehört mit 8423 dem Deutschen Holzarbeiterverband an. 552 sind in anderen Verbänden organisiert und 870 Streikende unorganisiert.

Was die Aussperrung betrifft, so kann sie als gescheitert betrachtet werden, denn insgesamt haben bis heute nur 34 Firmen mit nur 179 Personen ausgesperrt. Diese Zahl steht in gar keinem Verhältnis zu der der Streikenden. Andererseits sind der Manteltarif und die neuen Lohnsätze anerkannt in 283 Betrieben, in denen zu diesen neuen Bedingungen 3394 Personen arbeiten. Unter diesen Betrieben sind 34, die erst bestreikt waren und dann durch die Bewilligung aus der Streikliste ausgeschieden. Für den Rücktransport der Ausstellungsgegenstände von der Messe haben die Arbeitgeber beim Polizeipräsidenten den Schutz der Polizei nachgesucht. Das Polizeipräsidium hat die Arbeitgeber angewiesen, sich wegen des Rücktransports dieser Möbel an die gegnerischen Organisationen zu wenden.

Im Laufe der eingehenden Diskussion sicherte ein Vertreter des Transportarbeiterverbandes den Streikenden die größtmögliche Solidarität der Arbeiter zu.

Silbermann von der Afa erklärte, die Streikenden seien der Solidarität des Afa-Bundes sicher. Den Afa-Mitgliedern sei es zur strengsten Pflicht gemacht worden, jede Streikarbeit strikte abzulehnen.

Ein Vertreter der Werkmeister betont: Ihr Kampf ist auch unser Kampf. Kein Werkmeister in der Holzindustrie wird Streikarbeit machen.

Vom Glend der Adressenschreiber.

Die dem Arbeitgeberverband der Adressenverleger angeschlossenen Firmen zahlen einen Stundenlohn von 1,50 Mark, einen Akkordlohn für 100 Adressen auf Briefumschläge usw. von 1,30 bis 1,50 M., für 100 Adressen auf Listen dagegen 10 Pf. weniger. In einer Versammlung am 20. August wurde beschlossen, eine Lohnhöhung von 50 Proz. zu fordern, so daß der Stundenlohn 2,25 M., der Akkordlohn für 100 Adressen auf Listen 1,80 M. und für 100 Adressen auf Umschläge 2,00-2,25 M. betragen würden. Diese neuen Lohnsätze, die erst gefordert, aber noch nicht zugestanden sind, würden bei achtstündiger Arbeitszeit einen

Tagesverdienst von 18 M. für Lohnarbeiter ergeben und von 8 bis 9 M. für Akkordarbeiter bei durchschnittlich 50 bis 60 Adressen in der Stunde. Und mit einem solchen Einkommen wollen sich die Adressenschreiber zunächst begnügen.

Im Adressenverlag von Adolf Schustermann, Berlin SO., Kungestr. 22/24, sollte der Betriebsrat, welcher der Einladung zu der Versammlung nicht gefolgt war, der Firma am 22. August die gestellten Forderungen unterbreiten. Er brachte die Antwort des Chefs, daß derselbe bereit sei, die Lohnsätze um eine Mark pro Tag zu erhöhen — anstatt wie gefordert, um 6 M. — und die Akkordsätze um 10 Pf. pro Hundert — anstatt um 70 Pf. — Der Betriebsrat weigerte sich eine Betriebsversammlung einzuberufen. Eine solche fand dennoch nach Bureauaufschluß statt und die Versammelten stimmten dem Angebot der Firma zu. Allerdings vorbehaltlich der Erfüllung der gestellten Forderungen, wozu ihnen jedes Nachmittage fehlt, da sie nicht gehörig organisiert sind. Es wurde auch ein neuer Betriebsrat gewählt; der als Vorsitzender derselben vorgeschlagene Kollege wurde jedoch am Tage der Wahl des neuen Betriebsrats entlassen. Immer noch gibt es Arbeiter und Angestellte, die es nicht begreifen können, daß sie ihrer Gewerkschaft angehören müssen, wenn sie nicht in Not und Elend untergehen sollen. Wer das durchaus nicht begreifen will, dem ist beim besten Willen nicht zu helfen.

Den Herren Adressenverlegern aber sei dringend empfohlen, sich einmal gründlich mit der Frage einer ganz wesentlichen Besserstellung ihrer Angestellten zu befassen, bevor die Definitivität sich näher damit beschäftigen muß.

Heute, 3 Uhr, bei Otto, Ostendstraße, alle S P. D.-Kollegen und -Anhänger. Der Fraktionsvorstand.

Gruppenversammlung der Metallindustrie.

Die am Mittwoch, den 31. August cr., ausgefallene Gruppenversammlung der Metallindustrie findet am

Montag, den 5. September 1921, abends 6 Uhr in der Brauerei Königsstadt, Berlin, Schönhauser Allee 10/11, statt. Wir bitten dringend um vollständiges und pünktliches Erscheinen. Kreisgewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. J. A. G. Vart.

Uebler Nachklang von der Demonstration.

Das Personal der Druckerei Boll wollte am Mittwoch die Arbeit eine Stunde früher beginnen, um diese Stunde nachmittags für die Demonstration zu gewinnen. Doch hatte sich das Personal angeblich mit der Geschäftsleitung nicht darüber verständigt. Als die Arbeiter am Mittwoch morgen um 7 Uhr kamen, war keine Arbeit da. In dem uns vorliegenden Bericht heißt es wörtlich: „Da die Geschäftsleitung dem Personal, das eigenmächtig zur Arbeit erschienen (!) war, keine Arbeit zuteilte, stellten sämtliche Arbeitnehmer die Arbeit ein.“ (!) Sofort eingeleitete mehrtägige Schlichtungsverhandlungen unter Unterstützung der Organisationen verliefen erfolglos, da das Personal einen Einigungsorschlag ablehnte. Daraufhin hat die Firma ihr gesamtes Personal fristlos entlassen. Seitdem ruht der Betrieb.

Tariffändigung in der Binnenschifffahrt.

Auf Beschluß der Mitgliederversammlungen sind sämtliche Tarifverträge des im Deutschen Verkehrsband organisierten Binnenschiffahrtspersonalen zum 30. September gekündigt worden. Es werden bis zu 60 Proz. Erhöhung der jetzigen Löhne gefordert.

Die Hamburger Hafenarbeiter beschloßen am Mittwoch durch

Abstimmung mit 4020 gegen 3167 Stimmen (bei 71 ungültigen Stimmen), die vom Reichsarbeitsministerium gemachten Vorschläge anzunehmen. Der bis 31. Oktober geltende Schlichtspruch sieht einen täglichen Lohnaufschlag von mindestens 9 M. vor. Der drohende Streik ist damit vermindert.

Zentralverband der Angestellten, Metall-Funktionärerversammlung heute

7 Uhr Hauptlandsaal Festhalle, Neue Friedrichstr. 35. Bund der technischen Angestellten und Beamten. Heute 7 1/2 Uhr: Mitglieder-versammlungen: Zentrum-Gilden, Restaurant Alexandriner, Alexanderplatz 8, Wahl der Abgeordneten zum Gausrat. — Eldolten, Granauer Garten, Grünauer Str. 14. — Neutal, Bürgerhalle, Bergstr. 147. — Oberschöneberg, Restaurant Hubertus, Edison, Ecke Waldstraße. — Schöneberg, Oberhof, Oberstr. 68. — Tempelhof, Kasino-Restaurant, Berliner Str. 6. — Weihenstep, Spatenbräu, Berliner Allee 222. — Osten II, Logenkasino, O. 112, Anovorgamende 2.

Zentralverband der Film- und Kinoangestellten, Berufsgruppe

Photographen und Fabrikationsarbeiter. Versammlung am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, im Bureau, Charlottenstr. 6, großer Sitzungssaal. Wichtige Tagesordnung.

Transportarbeiter-Verband, Bezirk Köpenick, Sonnabend 7 Uhr bei Stippel

fest, Schönhauser Str. 3, Bezirksversammlung. Reiner darf fehlen!

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Hoff, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Druckstr. 3. Öterzu 1 Blatt.

HERMANN

Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee

- Herren - Artikel**
- Oberhemden farbig, durchgeh. Perkal, mit Klappmanschetten und passendem Kragen **85⁰⁰**
- Oberhemden aparte Streifen, mit Klappmanschetten und passendem steifen Kragen **95⁰⁰**
- Oberhemden prima Perkal, mit Klappmanschetten und 2 passenden weichen Kragen **125⁰⁰**
- Nachthemden gutes Hemdenluch, mit waschechten Besätzen und Taschen **72⁵⁰ 98⁵⁰**
- Sportkragen Panamastoff, moderne Formen, mit Knopfband **4²⁵**
- Schlafanzüge in moderegianen Farben, mit schönen Besätzen.. **210⁰⁰**

- Herren-Bekleidung**
- Sakko-Anzüge moderner Verarbeitung **490⁰⁰**
- Ulster Cheviot, in verschiedenen Farben **490⁰⁰ 590⁰⁰**
- Gummimäntel moderne Form, hochgeschlossen und offen zu tragen **340⁰⁰**
- Regenmäntel aus imprägnierten Stoffen **490⁰⁰**
- Beinkleider moderne Streifen, halbbare Stoffe **75⁰⁰ 95⁰⁰**
- Einsegnungs-Anzüge blau Cheviot **250⁰⁰ 350⁰⁰**

Besonders preiswert:

6⁷⁵ Feiner Portorico-Tabak Krallschnitt, mild und bekömmlich 1 Pfd-Paket **19⁵⁰**

- Herren-Handschuhe**
- Herren-Mocha-Ersatz mit Druckknopf **19⁷⁵**
- Herren-Schweden gesteppt, mit Druckknopf **49⁷⁵**
- Herren-Schweden gelast, besonders halbbare Qualität **69⁷⁵**
- Herren-Nappa gelast, durchgeh. **69⁷⁵**
- Herrenstiefel Boxkoll, Chevreau, mit und ohne Lackkappe, randgenäht **198⁰⁰**
- Herrenstiefel la Boxkoll, randgenäht, Fabrikal „Hassia“ **258⁰⁰**